

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinhilber, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Vertikale ober deren Raum 60 Pfg.
Bergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Selb, was helfen mag!

Das ist anscheinend die Lösung, nach der der Arbeitgeberschutzverband für die Holzindustrie gegen den Deutschen Holzarbeiterverband zurzeit arbeitet. Die abgebrauchtesten Mittel journalistischer Unreißer, Räuber-, Mörder- und Diebsgeschichten, Halluzinationen dem Verfolgungswahn verfallener Berliner Tischlermeister sind zurzeit die geeignetsten Waffen der Arbeitgeberschutzverbände im Kampf gegen den verhassten Holzarbeiterverband. Man sollte meinen, die Redaktion der „Fachzeitung“ sei bei dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie und bei dem Arizonakiller in die Schule gegangen, denn ihre Argumente, die sie neuerdings gegen uns verbraucht, sind verschlechterte Nachahmungen der reichsverbändlerisch-hinterwäldlerischen Revolverjournalistik. Es muß schlecht stehen um die Sache des Arbeitgeberschutzverbandes, wenn seine führenden Geister nur mehr mit solch abgebrauchten Mitteln arbeiten können, wenn sie nur noch dem Grundsatz huldigen:

Selb, was helfen mag!

Was soll man denn dazu sagen, wenn die „Fachzeitung“ in ihrer neuesten Nummer zunächst ein paar anonyme Drohbriese veröffentlicht, die angeblich den Streikbrechern weiter an der Aussperrung beteiligter Unternehmer zugesandt worden sind. In dem einen Brief wird dem aussperrenden Unternehmer und seinen arbeitswilligen Helfershelfern blutige Rache für ihr arbeiter-schädigendes Treiben angedroht. Dem Meister wird angedroht, man werde ihm künftig die Arbeit so teuer machen wie nur möglich, man werde ihm das Material schädigen:

„ein größeres Quantum Leim, eine Handvoll Salz oder Spießseife ist besonders gut, da dann der Leim wie die Arbeit verdorben ist.“

„Jeder Kollege hat es so zu machen, daß ein zweiter es nicht sieht, auch darf darüber nicht debattiert werden. Bei einem Meister, der nicht ausgesperrt hat, darf es auf keinen Fall gemacht werden.“

„Diese Aufforderung wird monatlich in jeder Werkstatt gedruckt wiederholt. Diese Aufforderung muß von Hand zu Hand gehen, ohne ein Wort darüber zu sprechen.“

Dieser Schinderhannesbrief ist der „Fachzeitung“ beweisfähig für den Fanatismus der Aussperrten. Es scheint sich tatsächlich um eine generelle Verfügung (in der „Fachzeitung“ fett gedruckt) von irgend einer Zentralstelle (zu handeln), welche diesen „Rachefeldzug“ schon jetzt organisiert.“

Uns scheint es sich dagegen um eine Blanzleistung vom Arbeitgeberschutzverband fanatisierter Unternehmer oder der „wenigen“ Arbeitswilligen zu handeln, die auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege den Meistern ihre Unentbehrlichkeit und ihren Heroismus bekunden wollen. Der ganze Vorgang beweist uns aber, daß die Unternehmer unter schweren Gemütsdepressionen zu leiden haben, sonst würden sie derartige anonyme Machwerke schnellstens dem Feuer überantworten. Aber auch die „Fachzeitung“ scheint in einer bedauernden Verfassung zu sein, wenn sie auf diesen dummdreisten Drohbriesejauber hereinfällt. Wie faul muß es um die Sache des Arbeitgeberschutzverbandes stehen, wenn ihm sogar ein paar anonyme Drohbriese als wichtige Argumente im Kampfe gegen den Deutschen Holzarbeiterverband dienen müssen.

Selb, was helfen mag!

Die „Fachzeitung“ hat jetzt entdeckt, unser Kollege Becker aus Stuttgart sei nur deshalb nach Berlin gesandt worden, um hier Mut zu machen. Deshalb habe er auch „mächtig volig“ gemacht. Wie ist denn! War bei den Arbeitgeberschutzverbändlern nicht vor 14 Tagen noch davon die Rede, daß der Hauptvorstand wie die Berliner Leitung des Holzarbeiterverbandes mit der Lohnbewegung der Berliner Kollegen ganz und gar nicht einverstanden sei, daß aber die sozialdemokratischen Heißsporne, die Vertrauensmänner des Verbandes und die von ihnen fanatisierte Masse der Berliner Holzarbeiter allen Abmahnungen zum Trotz den Kampf beschlossen und durchgeführt hätten. Allein die Unvernunft der organisierten Berliner Kollegen habe den Streik verursacht.

So hat es die „Fachzeitung“ und mit ihr die ganze bürgerliche Presse oft genug wiedergeklaut, bis die Unter-

nehmer selbst nicht mehr an ihre Märchenerzählung von den übermütigen Berliner Tischlern und der bremsenden Verbandsleitung glaubten. Deshalb hat der phantasiereiche Herr Dr. Müffelmann plötzlich einen Rollenwechsel vorgenommen. Und weil's gleich ist, weist er jetzt dem Hauptvorstand die Rolle des Rufers im Streite und den Berliner Kollegen die Rolle der Bremsen zu. Bald so, bald so, wie's trifft! In 14 Tagen wird die „Fachzeitung“ den Berliner Kollegen wieder die Rolle der streikmütigen Männer und der Verbandsleitung die des Bremsers und Friedensmähners imputieren, und so fort mit Grazie, wie es die augenblickliche Situation erfordert. Das Verfahren ist jedenfalls bequem: Die Redaktion der „Fachzeitung“ braucht sich dabei wenigstens nicht in geistige Unkosten zu stützen.

Selb, was helfen mag!

denkt die „Fachzeitung“, deshalb tischt sie ihren Lesern plötzlich die Lügenmär auf, die Leiter des Arbeitgeberschutzverbandes hätten den Vertretern unseres Verbandes vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichtes eine Lohnzulage angeboten. Tatsache ist, daß von Seiten des Arbeitgeberschutzverbandes in allen Stadien der Verhandlungen jede Lohnhöhung wie jedes Entgegenkommen auf unsere Forderungen brüskt abgelehnt worden ist. Es gehört viel Mut dazu, diesen Tatsachen zuwider von einem Entgegenkommen der Unternehmer im Sinne einer Lohnzulage zu reden.

Selb, was helfen mag!

denkt die „Fachzeitung“, da stellt sie die kühne Behauptung auf, die Holzarbeiter in Burg hätten am 20. März sowie so die Arbeit niedergelegt, so daß die Unternehmer in der Abwehr dieses vorausgerichteten Streiks zum Vertragsbruch hätten ihre Zuflucht nehmen müssen. Dabei weiß die „Fachzeitung“, daß unsere Bürger Kollegen die Bürger Fabrikanten vor 14 Tagen noch prompt auf die Einhaltung des am 14. März 1906 abgeschlossenen und vorläufig bis zum 1. April 1908 zu Recht bestehenden Vertrags hingewiesen haben, welches Verfahren sinnlos gewesen wäre, wenn unsere Kollegen nach vier Wochen selbst den Vertrag hätten brechen wollen.

Der Arbeitgeberschutzverband ist am Ende seines Lateins angelangt. Deshalb regaliert er seine Leuten mit Räuber- und Mördergeschichten im Stile hinterwäldlerisch-reichsverbändlerischer Revolverjournalistik, oder er phantasiert und läßt sich selbst das vor über die übermütigen, aber kampfunfähigen Leuten erzählen, wie über die guten Absichten seiner scharfmachenden Führer und ihre weise vorsehende Vertragsbrecheri. Deshalb arbeitet er nur mehr noch nach dem Rezept:

Selb, was helfen mag!

Bezeichnend für die Verwirrung im Unternehmerlager ist es auch, daß die „Fachzeitung“ jetzt mit einer gewissen Ebnutzung und in behaglicher Breite aus Lübeck zu berichten weiß, daß der Hirsch-Duncker'sche Gewerbeverein dort für die Streikbrecher eine Organisation gegründet habe, der bereits 100 Streikbrecher beigetreten seien. So sei nun dem einjährigen nutzlosen Streit jede Erfolgsmöglichkeit genommen. Das sei den bösen Holzarbeiterverbändlern schon recht. „Statt in der gedehnten Zusammenarbeit mit dem natürlichen Bundesgenossen, dem Meister, gemeinsam auf eine allgemeine Hebung des Gewerbes hinzuwirken, haben die „Organisierten“ ein volles Jahr sich dem drohenden Worte, der gewalttätigen Faust, beides im sozialistischen Jargon „freundliches Zureden“ genannt, durch vom Fanatismus ergriffene Genossen willenlos gefügt. Sie hatten in Hitze und Kälte, auf Straßen und Plätzen, als wohl beobachtete, strenger als im Gefängnis kontrollierte „Streikposten“ ihren „Lohn“ verdient, den ihnen der Verband gnädig stiftete.“

So die „Fachzeitung“, die dabei ganz vergißt, daß der Arbeitgeberschutzverband bis vor kurzem noch ein eminentes Interesse an der erfolgreichen Durchführung des Lübecker Streiks bekundete, und daß er die Forderungen unserer Lübecker Kollegen für durchaus berechtigt erklärte.

Es ist jedenfalls rührend, Herrn Mahardt mit den Hirsch-Duncker'schen Gewerbevereinen, den Lübecker Unternehmern und den Lübecker Streikbrechern in trauter Harmonie beisammen zu sehen. Es mag ja dem Herrn Mahardt einige Überwindung kosten, wenn er seinen neuen Bundesgenossen den Bruderschmaß geben soll, aber was tut man nicht alles im Interesse der guten Sache.

Am dem Lübecker Beispiel können übrigens die Herren Unternehmer ersehen, welcher Aufopferung unsere Kollegen fähig sind. Über ein Jahr stehen unsere Lübecker Kollegen im Kampfe, und trotz großer Entbehrungen, polizeilicher Verfolgung und Hirsch-Duncker'scher Hinterlist halten sie mutig aus bis zum Erfolg ihrer Sache. Unsere Berliner Kollegen werden es den Lübeckern gleich tun. Der Arbeitgeberschutzverband kann sich darauf gefaßt machen.

In der bürgerlichen Presse wird es jetzt so dargestellt, als habe sich der Verbandsvorstand in seinem bekannten Rundschreiben vom 14. Januar gegen die „Streikerei“ ausgesprochen. Das ist unserer Verbandsleitung natürlich nicht eingefallen. Sie hat nur, wie der Wortlaut des Zirkulars ergibt, die Verbandsfunktionäre ersucht, bei Streikbewegungen streng die statutarischen Bestimmungen, insbesondere des Streikreglements zu beobachten. Siner Einschränkung der Streikbewegung im Sinne der bürgerlichen Presse kann der Verbandsvorstand das Wort nicht reden, weiß er doch gut genug, daß der Streik eines der unentbehrlichsten und wirksamsten Mittel der organisierten Arbeiterschaft zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage ist.

Die Unternehmer setzen alle Hebel in Bewegung, um Arbeitswillige in der Provinz für Berlin anzuwerben. So enthält die ultramontane Essener „Volkzeitung“ folgendes Inserat:

„Nicht dem Verband angehörige, nur perfekte Tischlergesellen auf gute, tieferne Arbeit nach Zeichnung, sowie Bankbauer finden dauernde Beschäftigung. W. Pöschler, Berlin, Köpenickerstraße 150.“

Ähnliche Inserate dürften auch in anderen Provinzblättern aufgegeben sein.

Wir möchten die Kollegen in allen Teilen des Reichs ersuchen, streng darauf zu sehen, daß jeder Zugang nach Berlin unterbleibt.

Allerorten beschäftigen sich die Kollegen jetzt mit den Kämpfen, die wir zurzeit in Berlin, Kiel und Burg usw. mit dem Arbeitgeberschutzverband zu führen haben. Die Kollegen sind darüber nur einer Meinung, daß die größten Opfer gebracht werden müssen, um den Anschlag des Arbeitgeberschutzverbandes abzuwehren. In Hamburg ist bereits in einer Massenversammlung einstimmig die Leistung eines freiwilligen Extrabeitrages von 50 Pf. pro Woche beschlossen worden, ähnliche Beschlüsse liegen uns aus einer Reihe von Zahlstellen vor. Besonders freudig stimmt es uns, daß sogar die Kollegen in Gschwege und Lauterberg einhellig in ihren Versammlungen bekundeten, daß sie zu allen Opfern bereit seien.

Noch niemals herrschte unter unseren Kollegen solche Einmütigkeit über die Notwendigkeit weitgehender Abwehrmaßnahmen gegen den Arbeitgeberschutzverband als im gegenwärtigen Zeitpunkt. Unsere Kollegen werden die größten Opfer bringen, um diesen uns frivol aufgedrungenen Kampf siegreich zu beenden.

„Im erhabenen Geiste Kaiser Wilhelms des Großen.“

Mit außerordentlichem Pomp ist am 19. Februar der Reichstag eröffnet worden. Die vom Kaiser verlesene Thronrede wurde von den begeistertsten Abgeordneten mit jubelndem Beifall aufgenommen, obwohl sie sich bei nüchterner Betrachtung als eine ziemlich inhaltsarme Stillübung darstellt, die deutlich verrät, daß ihr Verfasser die Wahlflugblätter des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie mit Nutzen gelesen oder sie gar inspiziert hat. Verhältnismäßig breit wird in der Thronrede ein kolonialpolitisches Programm entwickelt, dessen Durchführung dem deutschen Volk noch einen schönen Wahn Geld kosten wird. Dann wendet sich das Dokument gegen die Sozialdemokratie und feiert den „gesunden Sinn in Stadt und Land“, der im Wahlkampf der sozialdemokratischen Bewegung Halt geboten hat. Wir wollen hier die Mittel und Wege unerörtert lassen, durch welche der gesunde Sinn in Stadt und Land beeinflusst und der Wille der Wähler gefälscht wurde, aber entschieden müssen wir gegen den folgenden Satz protestieren: „Die großen, grundlegenden Gesetze zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen sind gegen den Widerstand der Fraktion geschaffen worden, die sich als wahre Vertreterin der Arbeiterinteressen bezeichnet, selbst aber nichts für sie und für den Kulturfortschritt geleistet hat.“ Diese Behauptung entspricht in keiner Weise den Tatsachen, daß mußte auch der Reichs-

Kanzler wissen, der die Thronrede verfaßt hat und für sie verantwortlich ist.

„Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihnen fürchteten, würden die mäßigen Fortschritte, die wir in der Sozialreform gemacht haben, auch nicht existieren.“ Diese Worte, die Bismarck, dieser fanatische Feind der Sozialdemokratie am 26. November 1884 im Reichstag sprach, würden allein schon ausreichen, um die Unrichtigkeit des zitierten Satzes aus der Thronrede zu beweisen. Aber es gibt eine ganze Reihe weiterer Beweise dafür, daß die Sozialdemokraten die ersten waren, welche die Anregung zur sozialpolitischen Gesetzgebung gaben, und wenn sie schließlich gegen diese Gesetze stimmen mußten, so geschah das nicht, wie den M. Glabacher Subelböden nachbetend auch das Organ des Reichskanzlers, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ im Wahlkampf behauptet hat, „weil der Sozialdemokratie jeder Fortschritt zugunsten der Arbeiter zuwider ist“, sondern weil die Wirkung der sozialpolitischen Gesetze völlig unzulänglich ist. Handelte es sich doch dabei, wie es in der Begründung der ersten Unfallversicherungsvorlage ausdrücklich ausgesprochen wurde, nur um eine würdigere Ausgestaltung der staatlichen Armenpflege.

Mit Bedauern konstatiert die Thronrede, daß die Wähler der Sozialdemokratie immer noch nach Millionen zählen, und fährt dann fort: „Der deutsche Arbeiter darf darunter nicht leiden. Jene Gesetzgebung beruht auf dem Grundsatz der sozialen Verpflichtung gegenüber den arbeitenden Klassen und ist daher unabhängig von der wechselnden Parteigestaltung. Die verbündeten Regierungen sind entschlossen, das soziale Werk in dem erhabenen Geiste Kaiser Wilhelms des Großen fortzusetzen.“ Diese Kundgebung ist inhaltlich sehr vieldeutig. Kaiser Wilhelm I., der auf allerhöchsten Befehl in den offiziellen Kundgebungen als „der Große“ tituliert wird, hat im Jahre 1881 eine Botschaft erlassen, in welcher die sozialpolitische Gesetzgebung in Deutschland angekündigt wurde. Das 25-jährige Jubiläum dieser Botschaft ist im vorigen Herbst überschwänglich gefeiert worden, aber die Arbeiterchaft selbst ist dabei ganz kalt geblieben; wer die Wirkungen der deutschen Sozialpolitik am eigenen Leibe verspürt hat, hatte kein Bedürfnis zum Jubeln.

Die vielgerühmte kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 beginnt mit den Worten: „Schon im Februar dieses Jahres haben Wir unsere Überzeugung aussprechen lassen, daß die Fehlung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen... zu suchen sein werde.“ Es wird also hier schon der Gedanke ausgesprochen, daß zwar nicht ausschließlich, aber doch in der Hauptsache im Wege der Repression, das heißt der Unterdrückung, gegen die organisierte Arbeiterchaft vorgegangen werden soll. Diesem Gedanken ist man im Laufe der Jahre durchaus treu geblieben. Die Umsturzvorlage, das Zuchthausgesetz und der Entwurf eines Gesetzes zur Knebelung der Berufsvereine, sie entsprechen vollständig „dem erhabenen Geiste Kaiser Wilhelms des Großen“, und so darf man wohl erwarten, daß der letztgenannte Entwurf dem Reichstag sehr bald wieder zugehen wird.

Ob der Reichstag durch eine wirklich sozialpolitische Tätigkeit sich den Dank der Arbeiter verdienen wird, muß ernsthaft bezweifelt werden. Waren es doch die ärgsten Feinde der Arbeiterchaft, nämlich die Herren Bopelius und Bueck, die namens des Zentralverbandes Deutscher Industrieller mit als erste dem Reichskanzler zu seinem Wahlsieg Glück wünschten und ihm unter Hinweis auf ihre außergewöhnliche Opferwilligkeit in vorerwähntem Wahlkampf ihre guten Dienste anboten. Daß diese Opferwilligkeit einen recht metallischen Beigeschmack habe, geht aus dem Geständnis der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ hervor, die in offiziöser Weise bekannt gab: „Von privater Seite sind zur Unterstützung regierungsfreundlicher Kandidaturen Mittel aufgebracht worden, bei deren Verwendung in dankenswerter Weise auch mehrfach der Rat amtlicher Stellen eingeholt und befolgt worden ist. Der Reichskanzler war in der Lage, dem Fürsten Salm in Aussicht zu stellen, daß er sich für eine Beihilfe zu den Kosten des Wahlkampfes aus solchen privaten Mitteln interessieren werde.“ Wenn man sich erinnert, daß es seinerzeit der Zentralverband Deutscher Industrieller war, der für die Propaganda der Zuchthausvorlage 12000 Ml. gespendet hat, dann darf man wohl annehmen, daß er auch einen sehr erheblichen Teil der Mittel gestiftet hat, für deren Verwendung im Sinne der Erzielung regierungsfreundlicher Wahlen sich der Reichskanzler nach eigenem Geständnis hervorragend interessiert hat. Umsonst tun die Herren vom Zentralverband nichts, sie fordern Dank. Und wenn der Reichskanzler in seinem Antwortschreiben die gar zu große Vertraulichkeit der Bopelius und Bueck sanft abzuwehren sucht, so wird es auch schließlich hier heißen: „Wenn wir einmal zu Hause sind, wird sich schon alles finden.“ Es wäre durchaus kein Widerspruch, wenn die Regierung bei der Fortführung der Sozialpolitik sich den Wünschen der Scharfmacher anpaßt und dann darauf hinweist, daß sie das in der Thronrede gegebene Versprechen, „im erhabenen Geiste Kaiser Wilhelms des Großen“ zu handeln, glänzend eingelöst habe.

Für eine solche Sozialpolitik wird sie im Reichstag willige Hilfe finden. Die Stimmen, welche unter der Devise „Fortführung der Sozialreform“ eine gründliche Verschlechterung der sozialpolitischen Gesetzgebung verlangen, mehren sich, und es sind gerade solche Kreise, die diese Mufe ausstoßen, welche das Ohr der Regierung haben. Einen originellen Vorschlag macht der Generalmajor z. D. v. Jagwitz,

der die Verwaltung der Arbeiterversicherungsgeetze für ein passendes Gebiet hält, auf welchem man verabschiedeten Offizieren ein standesgemäßes Unterkommen schaffen kann. In einem Artikel im „Tag“ fährt er in dieser Beziehung aus:

„Die Ansicht des Staatssekretärs Grafen Posadowsky und vieler Verwaltungsbeamten geht dahin, bei der bevorstehenden Vereinfachung und Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung selbständige Arbeiterversicherungsämter nach Art der Rentenstellen als Unterbau zu errichten. Hier ebenso wie bei den gewünschtenfalls beizubehaltenden, zu leistungsfähigen Verbänden zusammenzuliegenden Krankenkassen böte sich eine geeignete Verwendung für verabschiedete Offiziere, die nach Maßgabe ihrer Beantragung später auch in den Reichsversicherungsanstalten und im Reichsversicherungsamt Verwendung finden können. Man wende nicht ein, daß dem früheren Offizier die nötige Vorbildung fehle. Er hat mehr als mancher studierte Fachmann oder junger Beamter mitten in der Praxis des Lebens gestanden und gelernt, mit Menschen umzugehen und sie richtig zu beurteilen.“

Es ist ein sehr menschenfreundlicher Plan, den der Herr Generalmajor hier entwickelt. Als alter Offizier ist er natürlich von der Leistungsfähigkeit seiner Kameraden auf allen Gebieten überzeugt. Wäher war man der Meinung, daß gerade die Offiziere durch ihre exklusive Stellung der Praxis des Lebens entfremdet wären, daß sie, besonders in den jüngeren Jahrgängen, außerhalb des eigentlichen Dienstes ihr ganzes Interesse auf Weiber, Gärten und ähnliche standesgemäße Objekte konzentrieren. Herr v. Jagwitz belehrt uns darüber, daß gerade diese Vorbildung sie besonders für die Besetzung von Beamtenposten im Dienste der Sozialpolitik qualifiziert. Die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung wird, allerdings aus verschiedenen Gründen, von vielen Seiten gefordert, und wenn diesem Verlangen Rechnung getragen wird, dann ist mit Sicherheit anzunehmen, daß hierbei in erster Linie die Wünsche der Kreise Berücksichtigung finden, denen das bescheidene Maß von Selbstverwaltung, welches den Arbeitern in den Krankenkassen eingeräumt wurde, ein Dorn im Auge ist. Man wird also die Arbeiter von der Verwaltung der von ihnen aufgetragenen Gelder ausschalten, und es liegt keineswegs außerhalb des Bereiches des Möglichen, daß man, dem Verlangen des Herrn v. Jagwitz entsprechend, ausrangierte Offiziere an deren Stelle setzt.

Ist hier einmal der Anfang gemacht, dann ist es nahe liegend, einen Schritt weiter zu gehen und alle sozialpolitischen Maßnahmen darauf hin zu untersuchen, inwieweit sie die Möglichkeit gewähren, pensionierten Offizieren ein standesgemäßes Unterkommen zu bieten. Herr v. Jagwitz deutet in dem erwähnten Artikel auch gleich den Weg an, den die Entwicklung zu nehmen hat. Er schreibt: „Bei der Erweiterung des staatlichen Eingreifens in die Gewerbeaufsicht, in die Wohnungskontrolle und in das paritätische Arbeitsvermittlungswesen, sowie bei der wachsenden Errichtung von unentgeltlichen Rechtsauskunftsstellen und Arbeiterssekretariaten, ja sogar in der gewerblichen Rechtsprechung könnte verabschiedeten Offizieren Gelegenheit geboten werden, sich nutzbringend zu betätigen. Man öffne ihnen nur alle diese Stellen!“

Man könnte auf die Vermutung kommen, daß es sich bei diesen Vorschlägen um einen Faschings scherz handelt. Werden doch Stellungen zur Besetzung mit verabschiedeten Offizieren in Vorschlag gebracht, die ein unnützes Vertrautsein mit den in Betracht kommenden Materien zur Voraussetzung haben, ein Vertrautsein, das bei den Offizieren infolge ihres kastenmäßigen Abschusses von den anderen Bevölkerungsschichten am allerwenigsten zu finden ist. Aber der Vorschlag ist durchaus ernst gemeint, und er wird in den maßgebenden Kreisen sicherlich ernste Beachtung finden. Aus der deutschen Armee werden alljährlich eine große Zahl von Offizieren ausgeschieden, die körperlich noch durchaus rüstig sind. Auf die Gründe dieser Erscheinung brauchen wir hier nicht einzugehen; sie ist vorhanden, und in den maßgebenden Kreisen ist man bemüht, diesen verabschiedeten Herren ihr weiteres Fortkommen nach Möglichkeit zu erleichtern. Der Hinweis des Generals v. Jagwitz wird daher wahrscheinlich mit Dank akzeptiert werden. Es wäre falsch, wenn man behaupten wollte, daß Maßnahmen in diesem Sinne den Versprechungen in der Thronrede widersprechen würden. Bei der großen Vorliebe, die Wilhelm I. für das Militär an den Tag legte, darf wohl angenommen werden, daß er einer Verforgung verabschiedeter Offiziere im Sinne der Vorschläge des Herrn v. Jagwitz sehr sympathisch gegenüber gestanden hätte, und so kann gesagt werden, daß eine solche Sozialpolitik sicherlich „dem erhabenen Geiste Wilhelms des Großen“ entsprechen würde.

Trotz aller Andeutungen und Versprechungen sehen wir hinsichtlich der Fortführung einer ernsthaften Sozialpolitik recht pessimistisch in die Zukunft, so sehr wir uns auch freuen würden, wenn die Tatsachen uns beweisen sollten, daß unsere Befürchtungen unbegründet waren.

Der Kampf um die Arbeitskraft.

III. (Schluß.)

-r. Das Bestreben der Arbeiter, das von ihnen für den Arbeitslohn zu leistende Quantum Arbeit möglichst genau abzugrenzen und zu dem Zwecke die Zahl der täglichen Arbeitsstunden und den Stundenlohn festzulegen, hat noch mit der ferneren Schwierigkeit zu rechnen, daß auch eine Arbeitsstunde ein schwankender Begriff ist, insofern der Intensitätsgrad der Arbeit in Betracht kommt.

Es ist nämlich ein großer Unterschied, ob innerhalb einer Stunde gemächlich gearbeitet wird oder ob man wie toll draufloschuffet. In der Tat ist das Quantum Arbeitskraft, das man in einer Stunde verausgaben kann, respektive das der Unternehmer aus dem Körper des Arbeiters herauszupressen vermag, sehr verschieden, je nach dem Grade des Drucks, der angewendet wird. Die menschliche Arbeitskraft ist nämlich porös wie ein Schwamm, aus dem durch stärkeres Zusammenpressen mehr Wasser herausgequetscht wird.

Daß die Zeit allein kein Maßstab ist für die Verausgabung der Arbeitskraft, da man die Arbeit nicht nach der Elle messen kann, leuchtet auf den ersten Blick ein, wenn man die verschiedenartigen Intensitätsgrade vergleicht, die möglich sind. Die Arbeitskraft enthält lauter Poren, das sind nämlich die kleinen Pausen, die während der Arbeit gemacht werden; diese Pausen können ausgedehnt und zusammengezogen werden, sie können auch fast ganz weggelassen. Man vergleiche nur die Schreibfähigkeit eines siebenjährigen Schulknaben mit der eines fertigen Stenographen; ersterer schreibt langsam und in Absätzen, letzterer mit unheimlicher Schnelligkeit und ohne Pausen. Daß letzterer ein viel größeres Quantum Arbeitskraft in einer Stunde verausgabt und natürlich auch viel mehr Arbeit leistet als ersterer, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden. Eine Stunde Arbeitszeit besagt also nichts über das Quantum Arbeitskraft, das in ihr verausgabt wird; es kommt nämlich auf den Intensitätsgrad an, mit dem gearbeitet wird.

Denken wir uns, um dies an einem Beispiel klarzumachen, ein gefülltes Faß, das 1000 Liter Wein enthält und der Besitzer des Weins würde mit dem Käufer des Weins folgenden Vertrag abschließen: Der Käufer kauft den Wein nicht literweise, sondern nach Zeit, und zwar bezahlt er pro Stunde 120 Ml., alles was innerhalb einer Stunde durch den Hahn herausläuft, gehört dem Käufer. Im Laufe der Zeit merkt der Verkäufer, daß er durch diesen Vertrag benachteiligt wird, weshalb er sich bestrebt, einen neuen, günstigeren Vertrag zustande zu bringen, wonach der Käufer für das Quantum Wein, das innerhalb 50 Minuten aus dem Faß läuft, 150 Ml. bezahlt. Während also vorher bei Weinminute 2 Ml. kostete, kostet sie nunmehr 3 Ml. Offenbar hat der Verkäufer des Weins durch den neuen Vertrag Vorteile errungen gegenüber dem Käufer, und es ist deshalb erklärlich, daß letzterer sich bemüht, seine ungünstige Position nach Möglichkeit zu verbessern; es gelingt ihm dies auch, indem er den Trick anwendet, daß er das Spundloch heimlich erweitert oder einen größeren Zapfhahn nimmt und auf diese Weise in 50 Minuten ebensoviel Wein aus dem Faße herausholt, wie früher in 80 Minuten. Nehmen wir an, das Faß Wein würde im ersten Falle in 250 Minuten leerlaufen, so würden in jeder Weinminute 4 Liter herauslaufen, so daß jedes Liter 50 Pf. kosten würde; nach dem neuen Vertrag würde jedes Liter 75 Pf. kosten. Nachdem der Käufer seinen Trick angewendet hat, holt er in 50 Minuten 80 mal 4 Liter aus dem Faß heraus, so daß er für 320 Liter Wein 150 Ml., das heißt pro Liter 46,87 Pf. bezahlt. Trotzdem also die Weinminute nach dem neuen Vertrag statt 2 Ml. jetzt 3 Ml. kostet, kostet infolge des von dem Käufer angewendeten Tricks jedes Liter Wein nur noch 46,87 Pf. Im ersten Falle bekommt nach dieser Rechnung der Verkäufer für seinen Wein 500 Ml., im zweiten Falle 750 Ml. und im dritten Falle nur 486,70 Ml. Der Käufer hat also die Nachteile, die ihm die Verkürzung der Weinminute von 250 auf 50 Minuten und die Erhöhung des Stundenpreises von 120 auf 150 Ml. gebracht hat, in ganz raffiniertester Weise wieder zu seinem Besten umgekehrt.

Ganz genau so macht es der Kapitalist, der Käufer der Ware Arbeitskraft, indem er es fertig bringt, die Vorteile, die der Arbeiter als Verkäufer der Ware Arbeitskraft sich durch Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Stundenlohnes errungen hat, durch einen schlauen Trick in Nachteile zu verwandeln; er versteht es nämlich, durch Steigerung der Intensität nunmehr in kürzerer Zeit mehr Arbeitskraft aus dem Körper des Arbeiters herauszupressen als früher in längerer Zeit und dadurch den Preis der Arbeitskraft auf einen niedrigeren Preis herabzubringen. Der Arbeiter, der scheinbar für seine Arbeitskraft mehr Geld bekommt als früher, bekommt in Wirklichkeit weniger Geld, und der Kapitalist, der scheinbar in seinem Profit geschmälert wird, saugt mehr Profit ein als früher.

In der Tat beobachten wir im heutigen Wirtschaftsleben die eigenartige Tatsache, daß trotz der höheren Löhne und der kürzeren Arbeitszeiten in fast allen Branchen die Unternehmerrgewinne in fortwährendem Steigen begriffen sind. Diese scheinbar so rätselhafte Erscheinung erklärt sich leicht, wenn man sich an unsere obige Berechnung erinnert und dabei an die kolossale Steigerung denkt, die die Intensität der Arbeit in den letzten Jahrzehnten erfahren hat.

Die Steigerung der Arbeitsintensität ist eine der auffälligsten Erscheinungen in der modernen Produktionsweise, und man braucht nur die Arbeitsweise heutiger Zeit mit der früherer Zeiten zu vergleichen, um diese kolossale Steigerung zu bemerken. Während man früher langsam, gemächlich, gewissermaßen nach der Methode des Krähenwinkler Landsturms arbeitete, wird heute mit fiebernder Hast, sozusagen im Kurierzugstempo gearbeitet. Das Unternehmertum zwingt oder veranlaßt die Arbeiter, ihre Intensität fortwährend zu steigern und dadurch ihre Arbeitskraft immer schneller zu verausgaben. Man denke nur an die Anstrengung der Arbeiter durch das gemeinsame Zusammenarbeiten, das einen wahren Wettstreit erzeugt, an die Sklaventreiberei durch Meister, Vorarbeiter und andere Kontrolleure, an den Ansporn, der in den Akkord-

Klassenlöhnen liegt, an die Beschleunigung der Maschinen, die eine gesteigerte Anspannung der Kräfte hervorruft, an die Verminderung der Zahl der Arbeiter, die an eine Maschine gestellt werden, und an andere Mittel und Mittelchen, um die Gründe dieser fortwährenden Zunahme der Arbeitsintensität zu verstehen.

Diese gesteigerte Arbeitsintensität hat, ganz abgesehen von deren Schaden für die Gesundheit des Arbeiters, den großen Nachteil im Gefolge, daß der Preis der Ware Arbeitskraft sinkt und daß der Arbeiter niemals weiß, wieviel Arbeitskraft er für den vereinbarten Lohn verausgabt. Er befindet sich ungefähr in der Lage eines Gastwirts, dessen Gäste nicht nach der Anzahl der Litergläser, die sie getrunken haben, ihr Bier bezahlen, sondern nach der Stundenzahl, die sie beim Zechen zugebracht haben; es kommt wesentlich darauf an, wieviel ein Gast innerhalb einer Stunde herunterspülen kann, und kein Mensch wird es dem Wirtz verdenken, wenn er ganz genau festlegen will, wieviel seine Gäste für eine bestimmte Geldsumme trinken dürfen. Ebenso wenig kann man es einem Arbeiter verdenken, wenn er danach strebt, über das von ihm zu leistende Quantum Arbeit bindende Abmachungen zu treffen; wie jeder andere Verkäufer will er genau wissen, wieviel Ware er für sein Geld zu liefern hat.

Aus diesem Grunde ist der Arbeiter im vollen Rechte, wenn er nicht nur die Zahl der Arbeitsstunden und die Höhe des Stundenlohns genau vereinbaren, sondern wenn er auch den Intensitätsgrad der Arbeit festlegen will. Es sind rein geschäftliche Erwägungen, die ihn hierzu veranlassen, und wenn er mit dem Kapitalisten möglichst präzise Abmachungen treffen will, so handelt er wie ein guter Geschäftsmann und verdient Lob, nicht Tadel. Es müßte ja ein merkwürdiger Geschäftsmann sein, der es seinen Kunden überläßt, wieviel Ware sie sich für ihr Geld nehmen wollen, und gerade so handelt ein Arbeiter, der seine Arbeitskraft der Willkür des Kapitalisten ausliefert. Man redet so gern von dem Wohlwollen des Unternehmers, aber die Arbeiter haben gesehen, wie weit sie mit diesem Wohlwollen gekommen sind. Nunmehr verlangen sie ihr gutes Recht als Eigentümer der Ware Arbeitskraft: sie fordern genaue Lieferungsbedingungen, sie fordern einen anständigen Preis für ihre Ware und darum fordern sie einen auskömmlichen Arbeitslohn, eine erträgliche Arbeitszeit und einen mäßigen Intensitätsgrad der Arbeit. Da die Kapitalisten diese Forderungen nicht aus freien Stücken bewilligen, müssen sie auf dem Wege des Kampfes dazu gezwungen werden. Und wenn auch die gewerkschaftlichen Kämpfe nicht nur der materiellen Existenz der Arbeiter gelten, sondern auch Kulturkämpfe sind im edelsten Sinne des Wortes, so dreht sich im Grunde doch alles um die Frage: „Was soll die Arbeitskraft kosten?“ Der Kampf um die Arbeitskraft ist der Untergrund, auf dem alles andere aufgebaut ist.

Gewerkschaften und Unternehmerverbände.

(Schluß.)

Die Methoden der Unternehmerorganisationen im Kampfe gegen die organisierte Arbeiterschaft und ihre Organisationen, die Gewerkschaften, sind durchweg die gleichen. Eines ihrer wichtigsten Kampfmittel ist der Arbeitsnachweis. Wer den Arbeitsnachweis in Händen hat, ist in der Lage, in Lohnkämpfen den Gegner lahmzulegen, die Arbeitskraft dort hin zu lenken, wo sie gewünscht wird, und dort vorzuhalten, wo man sie nicht haben will.* Die große Bedeutung und Macht des Gesamtverbandes der Metallindustriellen im Vergleich zu anderen Unternehmerverbänden beruht nach Hardegg denn auch im wesentlichen auf seinem vorzüglich organisierten Arbeitsnachweis; der Verband ist deshalb bestrebt, unter Ablehnung des paritätischen Arbeitsnachweises den gesamten Arbeitsnachweis in die Hand zu bekommen. Diesem Beispiel folgen heute ausnahmslos alle Unternehmerverbände.

Der berüchtigte Arbeitsnachweis ist der des Verbandes der Eisenindustrie Hamburg, am Crainenkamp in Hamburg, der ein geradezu raffiniertes System der Arbeiterkontrolle durchgeführt hat. In den Betrieben des Verbandes wird kein Arbeiter neu eingestellt, welcher nicht vorher „am Crainenkamp“ einen Arbeitschein erhalten hat. Für jeden Arbeiter, der sich in diesem Arbeitsnachweis um Arbeit meldet, wird eine Karte angelegt, die auf vorgebrachtem Schema seine Personalien und die Firmen enthält, bei denen er beschäftigt war. Diese Karten werden laufend fortgeführt und nach Maßgabe der neu einlaufenden Meldungen ergänzt. Das Archiv des Arbeitsnachweises „am Crainenkamp“ enthielt 1904 schon über 60 000 solcher Konduitenlisten von in der Eisenindustrie von Hamburg und Umgebung beschäftigt gewesen oder noch beschäftigten Arbeitern. „Unter Zuhilfenahme dieser Personalkarten konnten sich der Leiter des Nachweises und seine Unterbeamten eine so umfassende Personalkenntnis erwerben, daß sie nunmehr jederzeit eine wichtige Auswahl (!) zu treffen imstande sind. Die Sicherheit, mit welcher der Arbeitsnachweis arbeitet, ist so groß, daß die Arbeiter tatsächlich durch ihn Arbeit erhalten und die nachfolgende Annahme bei dem betreffenden Arbeitgeber in der Regel nur die Erfüllung einer Formalität bedeutet.“**

Dieses hier beschriebene System der Arbeitsvermittlung, das den Arbeiter ganz in die Gewalt der Scharfmacher

bringt, hat in den Unternehmerverbänden allenthalben Schule gemacht. In allen bedeutenderen Industrieorten sind ähnliche Arbeitsnachweise errichtet worden wie der am Crainenkamp in Hamburg. Diese Arbeitsnachweise stehen miteinander in Verbindung, so daß sie sich regelmäßig unterstützen können. Das ist besonders wichtig bei größeren Kämpfen, wo diese Arbeitsnachweise als Streikbrecherverbände fungieren. Freiherr v. Reisswitz sagt darüber: „Bei ausbrechenden größeren Streiks stehen diese Arbeitsnachweise selbstverständlich insofern auf seiten der Arbeitgeber, als sie die Heranziehung von Arbeitswilligen zu bewirken haben. Hierbei unterstützen sie sich gegenseitig . . . indem sie die Leute für den Streikort engagieren, ihnen Reisegeld vorschießen, und, wenn nötig, auch sicheres Geleit gewähren.“

Wie wir sehen, haben es die organisierten Unternehmer gut begriffen, welche wichtige Institution der Arbeitsnachweis im Kampfe gegen die organisierte Arbeiterschaft ist, und sie benutzen diese Nachweise nicht nur zu einer planmäßigen und bis ins kleinste geregelten Verfeinerung der Arbeiter, sondern auch als hervorragendes Kampfmittel bei Streiks und Aussperrungen.

Von nicht geringerer Bedeutung für die Scharfmacher in ihrem Kampfe gegen die organisierte Arbeiterschaft sind die Schwarzen Listen. Bei allen größeren Konflikten werden ausländische oder ausgesperrte Arbeiter sämtlichen der Unternehmerorganisation angeschlossenen Mitgliedern durch besondere Listen (Schwarze Listen) namentlich mitgeteilt, mit der Wirkung, daß solche Arbeiter in keinem der organisierten Betriebe über die Dauer des Konfliktes Arbeit finden. „Die Schwarzen Listen sind schon im Gebrauch gewesen, ehe Unternehmerverbände bestanden haben, in ein richtiges System wurden sie aber erst durch diese gebracht. Die meisten Verbände haben genaue Bestimmungen über die Anwendung dieses Mittels getroffen, es ist nicht mehr der einzelne Fabrikherr, der seine Kollegen bittet, streikende Arbeiter nicht einzustellen, sondern es ist jetzt die Organisation, die den Uriauftrag erläßt und ihre Mitglieder zwingt, ihn zu befolgen, wobei vielfach der eigentliche Zweck der Schwarzen Listen erweitert und der Verfeinerung einer Strafe für seine „Unbotmäßigkeit“ unterworfen wird, einer Strafe, die einen unorganisierten Arbeiter und seine Familie schwer treffen kann.“*

Viele Unternehmerverbände bringen noch in Form von einheitlichen Entlassungsscheinen oder sogenannten Kontrollbüchern eine besondere Art von Schwarzen Listen zur Anwendung, um gegen „mißliebige Elemente“ besser einschreiten zu können. Solchen Arbeitern wird mittels dieser Kontrollbücher, den in Permanenz erklärten Schwarzen Listen, die Möglichkeit genommen, in irgend einem dem Unternehmerverband angeschlossenen Betrieb Arbeit zu finden. Mancher Arbeiterführer ist auf diese Weise schon dem Hunger überliefert worden, mancher hat schon, um auch nur eine bescheidene Existenz zu finden, einen Berufswechsel vornehmen oder den deutschen Staub von den Pantoffeln schütteln, außer Landes gehen müssen. Auch in unseren Kämpfen mit dem Arbeitgeberverband für die Holzindustrie hat die Frage der Einführung solcher Kontrollbücher schon eine wichtige Rolle gespielt. Wir erinnern nur an die schweren Kämpfe, die wir dieserhalb vor fünf Jahren in mehreren Orten, vorzüglich in Berlin zu führen hatten.

Zum Schutze gegen die Streiks der organisierten Arbeiterschaft sind von allen Unternehmerverbänden weitgehende Einrichtungen getroffen. Einige dieser Organisationen gewähren ihren Mitgliedern sogar Streikunterstützung, so der von Nahrung geleitete Arbeitgeberverband für die Holzindustrie, doch kann diese Einrichtung der Arbeiterbewegung keine große Hilfe bringen. Müller sagt darüber in seiner Broschüre, die mir bei dieser Gelegenheit den Kollegen warm empfehlen möchten: „Es ist nicht zu bestreiten, daß bei einigen Ausständen der letzten Zeit die Zahlung von Unterstützungen die Unternehmer zum Ausscharren im Kampfe ermutigt hat. Aber es wäre falsch, dieses Kampfmittel der Unternehmer zu überschätzen. Denn wenn an die Unternehmer allzuoft die Aufforderung herantritt, für ihre Konkurrenten Unterstützung zu zahlen, verlieren sie sehr leicht die Lust dazu, und schließlich ist den bestreikten Unternehmern ja auch nicht damit gedient, wenn sie eine verhältnismäßig geringe Entschädigung erhalten, für die sich die Unternehmer, die sie zahlen, schuldig halten, indem sie ihren Unternehmerkollegen in der Zeit des Streiks die Rundschaft abjagen.“

Ein wichtiges Kampfmittel der Unternehmer zur Abwehr von Streiks ist die Streik Klausel. Da wo es den Unternehmern gelungen ist, beim Abschluß von Lieferungsverträgen die Streik Klausel zur Anerkennung zu bringen, haben die Gewerkschaften bei Lohnbewegungen und Streiks meist einen schweren Stand.

Mehr oder weniger ist bei allen Scharfmacherverbänden Grundsatz, daß die Organisationen der Arbeiter als Vertretung der Arbeiterschaft nicht anerkannt werden dürfen. Genosse Müller weist in seiner angeführten Schrift sehr treffend auf den Widerspruch hin, dessen sich die Unternehmer bei diesem ihrem Standpunkt schuldig machen. Sowie nämlich in einem Betrieb eine Lohnbewegung ausbricht, übernimmt die Organisation der Unternehmer die Leitung des Kampfes. Der eigentliche Betriebshaber wird vollständig ausgeschaltet, nicht mehr sein Wille, sondern der Wille der Organisation ist entscheidend. Und dieselben Unternehmerorganisationen, die sich solche Machtbefugnisse einräumen, anerkennen die Arbeiterorganisationen nicht! Diese Halsstarrigkeit ist es auch, die die Aussperrung zum größten Teile hervorruft.

Mehr und mehr ist seitens der Unternehmerverbände in den letzten Jahren das Mittel der Aussperrung gegen die organisierte Arbeiterschaft zur Anwendung gekommen, gewissermaßen als das letzte Mittel, als die ultima ratio der Scharfmacher. Oft genug wurden partielle oder lokale Streiks der Arbeiterschaft in den letzten Jahren seitens der organisierten Unternehmer mit der Aussperrung der Gesamtarbeiterschaft eines Ortes oder eines Berufes beantwortet, um der Gewerkschaft so die erfolgreiche Durchführung des Streiks unmöglich, sie aktionsunfähig zu machen. Um die Wirksamkeit dieser Aussperrungen zu erhöhen, hat man ein ganzes System von Aussperrungen nach Altersklassen, nach dem ABC oder der Organisationszugehörigkeit ausgedacht.

Wie sehr diese Aussperrungen um sich greifen, zeigen folgende Zahlen. Es fanden statt:

1900	85	Aussperrungen, die	9085	Arbeiter betrafen.
1901	25	„	5414	„
1902	46	„	10205	„
1903	70	„	35273	„
1904	120	„	28760	„
1905	254	„	118467	„

Im Jahre 1906, für das Zahlen noch nicht vorliegen, dürfte die Zahl der durch Aussperrungen betroffenen Arbeiter eher noch größer sein als im Jahre 1905.

Die Zahl der Aussperrungen würde noch bei weitem größer sein, wenn die Unternehmer durch diese von ihnen durchgeführten Kämpfe nicht selbst erheblich geschädigt werden würden. Immerhin deuten alle Anzeichen darauf hin, daß die Aussperrungen künftig noch an Umfang gewinnen werden. Der Einfluß der Unternehmerorganisation auf den einzelnen Arbeitgeber wird immer größer, sie werden statutarisch gezwungen, nach den Befehlen der Organisation zu handeln, und büßen damit den „Nimbus“ vom Herrn im eigenen Hause ein. Die Unternehmer sind ernst am Werke, ihre Organisationen auszubauen und zu stärken. Nichts ist für die Arbeiter dringender nötig, als die Entwicklung der Unternehmerorganisationen aufmerksam zu verfolgen und ihre eigenen Organisationen zu stärken. Genosse Müller gibt in dem Schluß seiner Broschüre die Mahnung, die wir hierher setzen: Organisiert euch und verheißt eure Organisationen mit Mitteln, daß sie kämpfen können! Aus den 1 1/2 Millionen Gewerkschaften müssen 4 bis 5 Millionen werden, und die 16 Millionen Kassenbestand müssen sich vervierfachen.

Soziales.

Staatliche Fürsorge für Arbeitslose.

Ein sehr beliebter Vorwurf, der besonders in der gegenwärtigen Zeit unaufhörlich gegen die Sozialdemokraten erhoben wird, geht dahin, daß sie in sozialpolitischer Beziehung nichts Positives leisteten. Daß dieser Vorwurf unbegründet ist, und daß diejenigen, die ihn erheben, wider besseres Wissen handeln, haben wir schon öfters nachgewiesen. Wir sind heute wiederum in der Lage, von einem sozialdemokratischen Antrag Notiz zu nehmen, der das äußerst wichtige Problem der Arbeitslosenversicherung zum Gegenstand hat. Im kürzlich zusammengetretenen württembergischen Landtag hat die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag eingebracht:

„Die Kammer wolle beschließen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf einzubringen, auf Grund dessen an solche Gemeindeverwaltungen Staatsbeiträge gewährt werden, die Zuschüsse an Berufsvereine von Arbeitern und Angestellten zu der von ihnen an ihre Arbeitslosen geleisteten Unterstützung zahlen.“

Die Staatsbeiträge sollen die Hälfte der von den Gemeindeverwaltungen alljährlich tatsächlich für den erwähnten Zweck verwendeten Gelder betragen. Die staatlichen Beiträge sollen an die Gemeindeverwaltungen dann bezahlt werden, wenn die von ihnen zu erlassenden Ordnungen über die Gewährung von Beiträgen zur Unterstützung der Arbeitslosen folgenden Grundsätzen entsprechen:

1. Von den Gemeinden ist ein besonderer kommunaler Arbeitslosenfondsz einzurichten, der als eine kommunale Anstalt mit eigener Kassen- und Rechnungsführung zu verwalten ist;
2. an der Verwaltung des kommunalen Arbeitslosenfondsz sind die an den kommunalen Arbeitslosenfondsz angeschlossenen Berufsvereine zu beteiligen;
3. die Gemeindeverwaltungen haben nach den vom Minister des Innern zu erlassenden Vorschriften alljährlich Rechnung über die Verwaltung des kommunalen Arbeitslosenfondsz zu stellen;
4. von den Gemeindeverwaltungen wird nur an solche Berufsvereine Unterstützung geleistet, welche ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung aus Vereinsmitteln gewähren;
5. die kommunalen Arbeitslosenfondsz dürfen Zuschüsse nur an solche Berufsvereine zahlen, die ausschließlich aus Arbeitern und Angestellten sowie aus solchen Mitgliedern bestehen, die dem Verein als bezahlte Beamte angehören oder als frühere Arbeiter und Angestellte nach Änderung ihres Berufs die Mitgliedschaft fortsetzen;
6. der Zuschuß darf nur für Unterstützung im Falle unfreiwilliger Arbeitslosigkeit gewährt werden. In Fällen, wo die Arbeitslosigkeit eine Folge von Streiks ist, tritt keine Zuschußleistung seitens der Gemeinde ein, ebensowenig bei Arbeitsunfähigkeit infolge von Krankheit, Unfall oder Invalidität.“

Durch diesen Antrag sollen also zunächst die Gemeinden veranlaßt werden, den Gewerkschaften, welche ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung gewähren, einen Zuschuß zu dieser Unterstützung zu zahlen. Da aber auch der Staat

* G. Hardegg, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände. Stuttgart 1905.

** Freiherr v. Reisswitz Willkür Arbeitgeberverbände Berlin 1904

* Dr. Aug. Müller, Gewerkschaften und Unternehmerverbände. Magdeburg 1906

ein sehr erhebliches Interesse an der Änderung der Lot der Arbeitslosen hat, soll er die Hälfte der den Gemeinden aus der Übernahme dieser Verpflichtung erwachsenden Lasten tragen. Die Einrichtung von städtischen Kassen zum Zwecke der Gewährung von Beihilfen an die die Arbeitslosenunterstützung pflegenden Arbeiterorganisationen ist nicht mehr ganz neu. Vorbildlich ist in dieser Beziehung die belgische Stadt Gent geworden, von welcher das System auch den Namen erhalten hat. In Deutschland war es die Stadt Straßburg i. El., welche durch Einführung der Arbeitslosenversicherung nach Gent System bahnbrechend vorgegangen ist. Allerdings handelt es sich hier nur um einen Versuch mit sehr bescheidenen Mitteln, denn es sind für das Jahr 1907 nur 5000 Mk. für diesen Zweck ausgeworfen worden.

Ob der Antrag Aussicht hat, von der württembergischen Kammer angenommen zu werden, läßt sich nicht voraussagen. Bei der so häufig beobachteten Scheu vor der Beratung sozialpolitischer Gesetzesvor schläge ist es noch gar nicht abzusehen, wann er auf die Tagesordnung gesetzt wird.

X. Das gleiche Wahlrecht. Noch niemals hat eine Wahl die kolossalen Ungerechtigkeiten, zu denen die noch aus dem Jahre 1871 stammende Wahlkreiseinteilung angesichts der fortwährenden Bevölkerungsveränderungen führt, deutlicher erwiesen als die letzte Reichstagswahl. Die Sozialdemokratie, die stärkste deutsche Partei mit 3258968 in der Hauptwahl abgegebenen Stimmen, muß sich schließlich mit 43 Sitzen im neuen Reichstag begnügen, während zum Beispiel die Konservativen, die noch nicht den dritten Teil dieser Stimmzahl aufgebracht haben (1070658), mit 60, also um die Hälfte mehr Mandate, prangen werden. Viel zu gut weggekommen ist auch das Zentrum, das bei fast genau zwei Drittel unserer Stimmzahl (2188381) zweieinhalbmal so viel Mandate geschenkt bekommen hat.

Wie sich das Verhältnis der bei einer gerechten Wahlkreiseinteilung respektive dem Proportionalsystem auf die einzelnen Parteien entfallenden Mandate zu den bei der letzten Wahl wirklich von ihnen errungenen stellt, geht aus folgender Tabelle hervor:

Parteien	Bei der Hauptwahl abgegebene Stimmen	Entsprechende Zahl von Mandaten	Erzwingung Mandate	Zu viel + Zu wenig -
Sozialdemokraten	3258968	116	43	- 73
Konservative	1070658	88	60	+ 28
Nationalliberale	1654738	59	56	+ 3
Reichspartei	447308	16	22	+ 6
Antisemiten	448809	16	27	+ 11
Zentrum	2188381	78	108	+ 30
Freis. Vereinigung	243869	9	16	+ 7
Freis. Volkspartei	734592	26	27	+ 1
Deutsche Volkspartei	147933	5	6	+ 1
Polen	453774	16	20	+ 4
Welsen, Dänen, Estländer und andere Parteien	510712	18	12	- 6
Verpflittert	3342	-	-	-
	11162574	397	307	

Man sieht: die Regierung hat es wirklich nicht nötig, das Wahlrecht zu ändern; das jetzige genügt vollkommen, um einen die wirklichen Ansichten der Wähler in keiner Weise zum Ausdruck bringenden Reichstag auf die Beine zu bringen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Folgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, einen wöchentlichen Lokalbeitrag in angegebener Höhe neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben, und zwar am 1. März: Hamburg 70 Pf., Straubing 5 Pf., ab 1. April: L. Westph. 10 Pf.

Der durch mehrere Einsendungen in den letzten Nummern der „Holzarbeiter-Zeitung“ angegriffene Mehrheitsbeschluss des Vorstandes, welcher die fernere Beteiligung unseres Verbandes an den Unterrichtskursen der General-Kommission ablehnte, ist auf eine Beschwerde der letzten Gauvorsteherkonferenz vom Ausschuss aufgehoben worden. Nach der Entscheidung des Ausschusses wird der Vorstand nunmehr auch zu den weiteren Kursen geeigneten Verbandsmitgliedern auf ihren Antrag einen Beitrag zur Reise nach Berlin und zu den Aufenthaltskosten daselbst aus der Verbandskasse gewähren. In erster Linie kommen hierfür die angestellten Beamten des Verbandes, das heißt die Gauvorsteher und Lokalbeamten in Betracht, doch können auch sonstige Funktionäre und Mitglieder des Verbandes, welche nicht besoldete Beamte sind, mit Unterstützung des Verbandes an den Unterrichtskursen teilnehmen. Anträge auf Gewährung eines Beitrags an Gauvorsteher sind durch den Zahlstellenverwaltung an den Verbandsvorstand einzureichen.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 68856 Johann Horst, Tischler, geb. 8. 10. 71 zu Gisa.
- 85274 Franz Wolter, Tischler, geb. 25. 8. 78 zu Landsberg.
- 87046 Herm. Geier, Tischler, geb. 30. 11. 81 zu Runnersdorf.
- 269616 Wilh. Fischer, Hilfsarb., geb. 18. 6. 54 zu Samersleben.
- 269787 Karl Behnke, Drechler, geb. 7. 9. 75 zu Samersleben.
- 278179 Herm. Witt, Tischler, geb. 19. 9. 68 zu Petischken.
- 281128 Aug. Meier, Bürstenm., geb. 25. 10. 81 zu Herford.
- 281658 Lorenz Pfaffinger, Maschinenarbeiter, geb. 10. 11. 85 zu Thundorf.
- 293926 Karl Goyer, Tischler, geb. 12. 1. 88 zu Baiersdorf.
- 319398 S. Würth, Maschinenarb., geb. 22. 1. 46 zu Waldmichelsbach.
- 320255 Max Grundmann, Tischler, geb. 17. 7. 87 zu Stolp.
- 331058 Wilh. Stienen, Tischler, geb. 7. 11. 82 zu Straelen.

- 331058 Wilh. Käßling, Tischler, geb. 28. 2. 88 zu Welsum.
 - 349588 Jean Hansen, Modellst., geb. 18. 8. 87 zu Dittfen.
 - 357229 Mfr. Drügemüller, Tischler, geb. 11. 7. 88 zu Berlin.
- Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Vorstandsvorsitz.

Korrespondenzen.

Apolda. In der am 6. Januar stattgefundenen Generalversammlung gab der Vorsitzende einen kurzen Rückblick auf das verfllossene Jahr, wobei erwähnenswert ist, daß am Schlusse vorigen Jahres der Mitgliederstand sich mehr als verdoppelt hat. Bei der Neuwahl wurden, nachdem der seitherige Vorsitzende und der Kassierer erklärt hatten, eine Wiederwahl nicht anzunehmen, zum Vorsitzenden Edgar Käßler, zum Schriftführer Willy Friedo und zum Kassierer Franz Sens gewählt. Unsere Zahlstelle besteht nun seit 1900. Bis zum Jahreschlusse 1905 schwankte die Zahl der Mitglieder zwischen 14 bis 22. Ein Zeichen sehr langsamen Fortschritts, denn es ist hier die vierfache Zahl von Holzarbeitern beschäftigt. Der Lohn war natürlich auch dementsprechend, 20 bis 28 Pf. Stundenlohn bei 65stündiger und noch längerer Arbeitszeit. Durch sehr fleißige Agitation gelang es nach vieler Mühe, so viel Kollegen für den Verband zu gewinnen, um zwei Lohnbewegungen zu riskieren. In der ersten wurde bei den Kleinmeistern die 10stündige Arbeitszeit mit dementsprechender Lohnverhöhung durchgeführt, in der zweiten, welche die Firma Ruppe & Sohn betraf, ein Lohnzuschlag von 4 Pf. durchschnittlich. Dies alles mag nun wohl die Ursache sein, daß wir zu der für Apolda ganz beachtenswerten Höhe von 54 Mitgliedern gestiegen sind. Die Lohnverhältnisse haben sich ebenfalls gebessert, so daß jetzt mit ganz geringen Ausnahmen 30 bis 40 Pf. gezahlt werden. In Anbetracht unseres Vorgehens ist es nun den Herren Meistern eingefallen, sich auch zu vereinigen zu einer Forderung, welche nun auch glücklich zustande gekommen ist. Man sollte doch nun meinen, daß die Mitglieder eifrig bestrebt sein würden, auf der nun geschaffenen Grundlage weiter zu arbeiten und zu bauen und noch bessere Verhältnisse einzuführen, da uns doch noch ein weites Arbeitsfeld zur Verfügung steht; aber da hält es noch mancher Kollege für zwecklos, in die Versammlungen zu kommen, hauptsächlich die jüngeren, wie es die letzten Versammlungen bewiesen haben. Wir müssen beherzigen, daß wir noch keine Ursache haben, auf unseren Vorbeeren auszuruhen. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, an dem Ausblühen unserer Zahlstelle zu helfen, und ein jeder hat das Recht, zu kommen und zu sprechen. Unsere Versammlungen finden jeden ersten und dritten Sonntag im Monat statt. Also, Kollegen, gut agitiert, zahlreich und pünktlich in die Versammlungen und fleißig mitgearbeitet, und weitere Früchte werden nicht ausbleiben.

Blomberg. Seit einiger Zeit macht sich unter unseren Kollegen eine Laune im Besuch der Versammlungen bemerkbar, und zwar sind die fehlenden Kollegen größtenteils die gleichen. Wir richten deshalb an alle den Appell, besuche jeder alle 14 Tage die Versammlung, um eine Einigkeit unter den Kollegen zu schaffen, welche doch die Grundlage unserer Organisation ist. Wie notwendig dieselbe ist, haben wir bei dem Streik bei der Firma Kamm & Co. gesehen. Einige Kollegen, die daran beteiligt waren, scheinen von der Wichtigkeit der Organisation nicht den richtigen Begriff gewonnen zu haben, sonst würden sie nach dem, was der Verband für sie getan hat, nicht zurückbleiben. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 9. März statt; wir ersuchen alle Mitglieder, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Wochum. Wenn es uns auch gelungen ist, im Vorjahr einen Tarifvertrag ohne besondere Schwierigkeiten mit den Arbeitgebern abzuschließen, so ist uns damit allein durchaus noch nicht geholfen. Den hier bestehenden Verhältnissen dürfen wir nicht mit Gleichgültigkeit zuschauen, sondern es ist dafür zu sorgen, daß der Tarif in allen Punkten eingehalten wird. Den Kollegen aber, welche sonst über unsere Zahlstelle immer kritischen Worten, raten wir, in den Versammlungen zu erscheinen und uns mit dem und dem für die Sache zu setzen, dann werden wir eher in der Lage sein, hier Zustände zu schaffen, welche den Kollegen zum Vorteil gereichen und des Verbandes würdig sind. In den letzten Versammlungen ist vielfach über die Nichterhaltung des Arbeitsvertrags gesprochen worden, und es muß gesagt werden, daß es christliche Kollegen sind, welche sich teilweise an den Tarif nicht halten. So wird zum Beispiel die wöchentliche Abschlagszahlung, welche im Tarif festgelegt ist, vielfach nicht eingehalten. Unsere Kollegen, welche die Beteiligten darauf aufmerksam machten, wurden verhöhnt mit der Bemerkung, unsere Kollegen könnten wohl nicht vierzehn Tage ausfallen, ohne zwischenheimen Lohn zu erheben, sie dagegen (die Christlichen) hätten es nicht nötig, dieses zu tun. Auf einer anderen größeren Werkstätte, wo die christlichen Kollegen allein in Frage kommen, haben dieselben nach eigenem Belieben die Arbeitszeit eingerichtet, und an wöchentliche Abschlagszahlung ist nicht zu denken. Doch wissen wir bestimmt, daß der Arbeitgeber in diesem Betrieb mit dem Arbeitsvertrag einverstanden ist, weil derselbe den Beratungen desselben beigewohnt hat. Es liegt hier nur an den christlichen Kollegen. Dieser Punkt Abschlagszahlung verdient besonders hervorgehoben zu werden, denn in der damaligen gemeinsamen öffentlichen Versammlung, wo seitens der Tarifkommission der Vertrag den Kollegen zur Annahme unterbreitet wurde, war es der Vertreter der christlichen Kollegen (es war der Angestellte Böhmke, jetzt in Hannover), welcher diesen Punkt extra berührte und empfahl, die Abschlagszahlungen einzuhalten, denn dadurch werden die Herren Arbeitgeber zur allgemeinen wöchentlichen Lohnzahlung von selbst übergehen. Dieser Satz wurde von den christlichen Kollegen mit großem Beifall beantwortet. Unsere Kollegen sagten sich: „Wenn es nur wahr bleibt!“ Doch leider ist unsere Vermutung eingetroffen. An unsere Kollegen richten wir das Ersuchen, mit aller Energie für die Durchführung des Tarifs zu sorgen, damit nicht von uns gesagt werden kann, wir haben auch dazu beigetragen, daß der Arbeitsvertrag verhungert wird, denn es ist schließlich leichter, Arbeitsverträge abzuschließen, als dieselben zu halten. — Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch an die Zahlstellen, welche örtliche Unterstützungseinrichtungen aus Lokalmitteln eingeführt haben, die Bitte richten, ein Regulativ derselben an Gust. Sinaiste, Wochum, Ottostr. 41, zu senden

Braunschweig. (Korbmacher.) Obgleich unsere Sektion nur 18 Kollegen zählt, legt sie Zeugnis ab, daß ihr ein gesunder Kern innewohnt. Alle Kollegen am Orte sind organisiert, und wie man es auch nicht anders erwarten darf, nehmen es die Kollegen ernst mit der Wahrnehmung ihrer Interessen. Als gute Versammlungsbefucher sind sie bekannt, aber auch in allen Branchenangelegenheiten findet man sie prompt auf ihrem Posten. Der für die Holzarbeiter vor zwei Jahren abgeschlossene Tarif läuft mit dem 1. Mai dieses Jahres ab, und der Neuabschluss wird auch unseren Kollegen einige Vorteile bringen. Die Grünarbeiter unter nahmen es Anfang Februar, den steigenden Wirtschaftsverhältnissen Rechnung zu tragen, und verlangten eine entsprechende Aufbesserung auf die bisherigen Akkordsätze. Der gewählte Zeitpunkt war günstig, und so fanden unsere Kollegen bei ihren Arbeitgebern ein befriedigendes Entgegenkommen. Am 10. Februar trat der neue Akkordtarif in Kraft. Auf sämtliche Arbeiten wurde ein Zuschlag erzielt, der den Kollegen ein Durchschnittsmehr von 1,30 bis 1,80 Mk. pro Woche bringt. Außerdem sind für Extrarbeiten und bei schlechtem Material feste Normen geschaffen. Öffentlich tragen die Korbmacherkollegen allerorts dazu bei, daß die Lage in diesem Berufseisen erfahren, und daß auch die Konkurrenz in billigen Waren, die hier in Masse eingeführt werden und worunter gerade Braunschweig zu leiden hat, unterbunden wird.

Bremerhaven. Eine außerordentliche Generalversammlung besaßte sich am 17. Februar unter anderem mit der Anstellung eines Geschäftsführers für die hiesige Zahlstelle. Da die Mitgliederzahl auf über Tausend gestiegen, die wirtschaftlichen Verhältnisse in den Unterwerorten außerordentlich verschiedenartig sind, wurde diese Anstellung zur Notwendigkeit. Der Referent der Siebenerkommission berichtete über die eingegangenen Bewerbungen, von welchen im Einzelnen nicht mit dem Verbandsvorstand zwei zur engeren Wahl gestellt wurden. Nach einer sehr lebhaften Diskussion wurde zur Wahl geschritten, bei welcher Kollege Heine mann Bremen mit 159 gegen 77 Stimmen zum Geschäftsführer gewählt wurde. Der Amtsantritt erfolgt zum 1. April. Zum ersten Bevollmächtigten wurde alsdann Kollege Söhle gewählt. Hierauf brachte der anwesende Gauvorsteher Neumann-Hamburg die Aussperrung der Berliner und Burger Kollegen zur Sprache und schilderte deren augenblickliche Lage. Nach kurzer Debatte fand folgende Resolution einstimmige Annahme: Die heute am 17. Februar im Kolosseum tagende Versammlung der Holzarbeiter der Zahlstelle Bremerhaven spricht den ausgesperrten Berliner, Kieler und Burger Kollegen ihre vollste Sympathie aus. Sie fordert den Hauptvorstand auf, sofort Schritte einzuleiten: Extrabeiträge auszuschreiben, damit dieser Kampf mit einem vollständigen Siege der Kollegen auf der ganzen Linie endigt.

Darmstadt. Die Arbeitergesuche der Firma Altes Obfchon hier am Orte ein Arbeitsnachweis der Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes besteht, was auch den Arbeitgeber wiederholt mitgeteilt wurde, sucht die Firma Altes fast das ganze Jahr hindurch in einer größeren Anzahl von Zeitungen Arbeiter, wie Schreiner, Polierer, Beizer und Stuhlmacher. Gar mancher arbeitslose Kollege dürfte schon in dem Glauben hier Arbeit finden zu können, nach Darmstadt gereist sein, um mit Groll und um eine Erfahrung reicher wieder abziehen zu müssen. Selbst unser Organ, die „Holzarbeiter Zeitung“, wurde von der Firma dazu in Anspruch genommen, und als daraufhin die Verwaltung hier bei der Firma anfragte, ob denn Leute gebraucht und eingestellt würden, wurde dies von der Firma bejaht. Als aber drei Kollegen von unserem Arbeitsnachweis zu der Firma gesandt wurden, brachten alle drei den ihnen mitgegebenen Arbeitsnachweis schein wieder zurück, mit dem Bemerkten von der Firma, es sei alles befehlt. Hiermit wurde uns wieder der Beweis geliefert, daß das ganze Inszenieren um Leute weiter nichts ist wie Klatsch und auf Täuschung hinausläuft, weshalb die Kollegen sich dies zur Notiz nehmen möchten.

Hagen. Am 17. Februar fand hier eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt, in welcher Kollege Lau aus Lauterberg über die Aussperrungstaktik der Arbeitgeber sehr eingehend referierte. Redner ging ausführlich auf die Entwicklung dieser Verbände und der Aussperrung unsere Kollegen in Berlin ein und wies nach, daß die Schutzverbände beabsichtigen, unseren Verband aktionsunfähig zu machen, und zu dem Zweck die Aussperrung auch auf andere Städte übertragen. Der Redner schloß seine Ausführungen mit der Mahnung, jeder Kollege möge seine Schuldigkeit tun, um den Aussperrten zum Siege zu verhelfen. Es fand eine ausgedehnte Diskussion statt, in welcher sich alle Redner mit dem Referenten einverstanden erklärten. Ein Resolution wurde noch einstimmig angenommen, in welche den Berliner Kollegen volle Sympathie bekräftigt und ausgesprochen wird, daß die Anwesenden gewillt seien, alle materiellen Opfer zu bringen, welche der Hauptvorstand in dieser Angelegenheit für notwendig hält. Nach Schluß der Versammlung ließen sich noch einige Kollegen aufnehmen. Kollegen, ersehe immer so zahlreich in unseren Versammlungen, damit wir uns gegenseitig Aufklärung verschaffen können, alsdann liegt bei uns die Zeit nicht mehr fern, wo auch wir für uns bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielen können.

Graf-Atheim b. Hanau. Verschiedene Vorkommnisse in den letzten Zeit zwingen uns, die traurigen Verhältnisse der Modellschreiner in der Frankfurter Maschinenfabrik, Akt.-Ges. Werk Groß-Atheim, den Kollegen zur Kenntnis zu bringen. In dieser Fabrik, Abteilung für Modellschneiderei, besteht nämlich die schlechtesten Akkordpreise, die man sich nur denken kann. Ist es doch schon vorgekommen, daß Meister Albrecht, seines Zeichens Wagner, eine Arbeit für 80 Mk. kalkulierte, an der 27 Stunden gearbeitet wurde, mithin ein Lohn von 34 Pf. pro Stunde erzielt wurde; jedoch wurde bis jetzt, wenn Defizit vorlief, der Stundenlohn nie bezahlt. Die Löhne schwanken von 88 bis 45 Pf. pro Stunde. Nun ist es in letzter Zeit vorgekommen, daß ein Schlosser, Mitglied des Arbeiterausschusses, gemahnt wurde, weil er nicht nach der Weise des Herrn Direktors tanzte, sondern die Interessen der Arbeiter nach wie vor vertrat. Aus diesem Grunde legten sämtliche Metallarbeiter und Modellschreiner die Arbeit nieder, was zur Folge hatte, daß die Maßregelung jurdigenommen wurde. Als d

Kollegen wieder zur Arbeit zurückkehrten, wurden einige von ihnen, die in der Versammlung gesprochen hatten, mit einem Alford beglückt, bei dem man absolut nicht auf den Stundenlohn kommen konnte. Beide Kollegen gingen nun zum Meister Albrecht und fragten, ob das Defizit auf diese Arbeit ausbezahlt werde, da man dieselbe nicht für diesen Preis machen könne. Meister Albrecht verneinte dies. Der eine Kollege arbeitete nun so lange, bis das Geld alle war, dann ging er nochmals zum Meister und fragte, ob er Defizit ausbezahle. Wiederum ablehnender Bescheid. Am nächsten Morgen kam Meister Albrecht und eröffnete dem Kollegen, der schon vier Monate da arbeitete, daß er von jetzt ab bloß noch 40 Pf. pro Stunde bekomme, er verdiene seinen Lohn von 45 Pf. nicht mehr. Daraufhin sagte der so gereizte Kollege dem Albrecht etwas derb die Wahrheit und wurde dann entlassen. Auch der andere Kollege arbeitete an seinem Alford, bis das Geld alle war, und als ihm auf seine Frage, ob das Defizit ausbezahlt würde, eine ablehnende Antwort wurde, sagte er diesem Eldorado Valet. Die Firma inseriert in verschiedenen Zeitungen nach Modellschreibern. Wir ersuchen die Kollegen, nicht darauf hereinzufallen und die Fabrik zu meiden.

Hainichen. Am 17. Februar fand nach langer Zeit wieder eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, die von etwa 80 Personen besucht war. Kollege Thielemann-Chemnitz referierte über das Thema: „Was nützt der Verband den Holzarbeitern Hainichens?“ Gestützt auf statistisches Material, erläuterte Redner den Anwesenden die Vorteile, die der Verband bietet, und ging alsdann auf die örtlichen Verhältnisse näher ein. Dabei mußte die tieftraurige Tatsache festgestellt werden, daß die Maschinenarbeiter einen Durchschnittslohn von unter 14 Mk. bei über 10 stündiger Arbeitszeit haben. Von den 98 hier beschäftigten Holzarbeitern sind bis jetzt 54 organisiert, der Rest entfällt zum großen Teil auf die Maschinenarbeiter. Da diese die gefährlichste und keineswegs leichteste Arbeit verrichten, sollten sie sich doch bald bestimmen und mit dem Verlaß auf ihre Organisation bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen fordern. Die Diebedienerei, das Fuchschwanzenessen muß jedoch erst unterbleiben; das ist der größte Hemmschub der Organisation. Ehrlichkeit gegen die Mitarbeiter und Rückgrat, Charakterfestigkeit dem Arbeitgeber gegenüber, diese Tugenden des organisierten und denkenden Arbeiters müssen an deren Stelle treten. — Unter den Anwesenden befand sich auch ein Fabrikant und einige Wertmeister, welche sich trotz gewährter Redefreiheit in Schweigen hüllten. Im Schlußwort forderte Kollege Thielemann die Anwesenden nochmals auf, über ihre wirtschaftliche Lage nachzudenken; alsdann mußten jedem Vernünftigen die Augen aufgehen, ein jeder mußte wissen, was er zu tun habe!

Hamburg. Die stark besuchte Mitgliederversammlung am 20. Februar beschäftigte sich mit der Erhebung eines Extrabeitrages. In allen Bezirken und Sektionen hatten die Kollegen zu dieser Frage bereits Stellung genommen und waren an die Verwaltung Anträge auf Erhebung von 1 Mk. wöchentlich eingelaufen. Diese hat die Sache nach allen Seiten hin erwogen und beantragt nunmehr, bis auf weiteres pro Woche einen Extrabeitrag von 50 Pf. zu erheben. Sämtliche Redner sprachen sich im zustimmenden Sinne aus; von allen Seiten wurde betont, daß man gewillt sei, alle Opfer zu bringen, die ein uns auszuwegungener Kampf erfordert. Der Antrag der Verwaltung wurde von der von etwa 2500 Kollegen besuchten Versammlung einstimmig mit großer Begeisterung angenommen, wohl die beste Antwort auf die Sympathieumgebung der Hamburger Tischlermeister ihren Berliner Kollegen gegenüber.

Hhr. Das Gründungsjahr der hiesigen Zahlstelle ist überschritten. Trotz aller Schwierigkeiten und der Verhöhnung der gemäßigten Organisation sind wir vorwärts gekommen; es ist damit aber noch nicht genug getan. Da noch ein großer Teil der hiesigen Holzarbeiter (Drehler) der Organisation fern steht, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, fleißig bei der Agitation mitzuwirken und den abseits stehenden Kollegen die Ziele und Zwecke der Organisation zu erklären. Auch sollte jeder unsere monatliche Versammlung, welche jeden Montag nach dem 15. im Monat stattfindet, fleißig besuchen und sich dort an der freien Aussprache über die Lohnverhältnisse in den Werkstätten beteiligen. Das Jahr 1907 bringt den hiesigen Geschäften anscheinend eine gute Konjunktur, die wir ausnützen müssen. Es ist Pflicht der Verbandsmitglieder, nicht eher zu ruhen, bis alle, die uns noch fernstehen, sich der Organisation angeschlossen haben.

Kirchheim a. T. In unserer Mitgliederversammlung am 16. Februar hielt Kollege Weil einen Vortrag über die Alters- und Invalidenversicherung. Redner verstand es, die Licht- und Schattenseiten den Anwesenden klar vor Augen zu führen. Er meinte, es wäre gut, wenn jeder Versicherte einen Auszug aus der Invalidenversicherung hätte, dann läme es weniger vor, daß den Versicherten ihre Ansprüche an die Alters- und Invalidenversicherung durch Unwissenheit verloren gehen. Ebenso sei es ein großer Fehler, daß viele weibliche Versicherte, wenn sie sich verheiratet, das Weiterleben unterlassen. Es wäre viel besser, sie würden freiwillig weiter bezahlen, dann hätten sie im Bedarfsfall auch Ansprüche auf Aufnahme in ein Erziehungs- oder Genesungsheim. Redner forderte zum Schluß alle Kollegen auf, die Versammlungen zahlreich zu besuchen.

Konstanz. In der letzten Mitgliederversammlung wurde beschlossen, den Zugang nach hier infolge Arbeitsmangel zu sperren. In letzter Zeit wurden verschiedene Kollegen wegen Arbeitsmangel gekündigt, so daß mehrere Kollegen arbeitslos sind.

Lauterberg a. Harz. In der am 23. Februar tagenden gut besuchten Mitgliederversammlung sprach Kollege Lau über die Aussperrungstaktik des Verbandes der Holzindustriellen. In eingehender Weise legte der Redner der Versammlung die Mängel der Berliner Scharfmacher klar, insbesondere auch den Vertragsbruch der Unternehmer in Kiel und Burg charakterisierend, und forderte zum Schluß zur Agitation und Polsterpflicht auf, um so den Scharfmacherplänen der Holzindustriellen entgegenzuwirken. Lebhafter Beifall bewies, daß die Versammelten mit den Ausführungen des Kollegen Lau durchaus einverstanden waren. In der Diskussion sprachen dann noch mehrere Redner im

Sinne des Referates und versicherten, daß die Lauterberger Kollegen bei der Zahlung eines eventuellen Extrabeitrages nicht zurückstehen würden. Es wurde sodann einstimmig beschlossen, die Verwaltung zu verpflichten, sofort beim Hauptvorstand zu beantragen: In Anbetracht der gewaltigen Mittel, die zur Führung des uns von den Scharfmachern in der Holzindustrie aufgezwungenen Kampfes notwendig sind, ist möglichst bald die Erhebung eines Extrabeitrages zu beschließen, damit der Kampf nicht wegen Mangel an Geldmitteln aufgegeben werden braucht.

Leipzig. In der am 11. Februar abgehaltenen Generalversammlung gab Kollege Gerike den Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Größere Kämpfe waren nicht zu führen, doch habe es öfter Differenzen der einzelnen Berufsgruppen gegeben, welche zum größten Teil erfolgreich beigelegt wurden. Die aufgenommenen Erhebungen zeigen wohl, daß ein Lohnaufschlag zu verzeichnen ist, aber die fortgesetzte Steigerung der Lebensmittelpreise verhindert es, daß von einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage gesprochen werden kann. Die Entwicklung der Organisation war zufriedenstellend. Die Zahl der Neuaufnahmen betrug 860 Mitglieder, außerdem waren 125 Übertritte zu verzeichnen. Hiervon entfallen auf die Lokalorganisation der Ristenbauer 80 Mitglieder, auf den Berggoldverband 45. Die Zahl der weiblichen Mitglieder hat sich um 45 vermehrt. Die als Folge der vom Verbandstag beschlossenen Beitragserhöhung vielfach befürchteten Mitgliederverluste sind also nicht eingetreten. — Mit der Parteilagerbewegung wurde günstig eingeseht. Durch die Verhandlung mit dem Unternehmer wurde die Festlegung eines Tarifs, die acht einhalbstündige Arbeitszeit und 70 Pf. Minimallohn, erzielt. Von den sonstigen Bewegungen sind zu erwähnen die bei den Firmen Engelmann & Richter, Mannborg, Glenning, Popper, Polypphon, Zimmermann, Gnad, Gödel, die große Elektrische Straßenbahn, ferner die der Modellschler der Firma Mansfeld und Schmiere, Werner & Stein. — Mit der Maifeier und deren Abschluß können wir zufrieden sein; es beteiligten sich an denselben 185 Betriebe mit über 3000 Kollegen, wovon am 2. Mai in 58 Betrieben 1188 Kollegen ausgesperrt wurden. Nach kurzer Verhandlung mit den Unternehmern wurde die Sperre aufgehoben, so daß am 9. Mai die Arbeit in fast allen Betrieben wieder aufgenommen werden konnte. Eine besondere agitatorische Tätigkeit wurde den kleinen Branchen zugewandt; bei den Bürstenmachern und Borstengurkern haben wir auch Erfolg gehabt, nur bei den Kollegen der Firma Mädlar (Koffersfabrik) konnte trotz aller Versuche der Organisationsgebände nicht geweckt werden, selbige sind noch mit den bestehenden Verhältnissen sehr zufrieden. Die Aufmerksamkeit der behördlichen Organe haben wir auch im verfloffenen Jahre zu verspüren gehabt; es wurde für Prozeß und Rechtschutzkosten die Summe von 567,71 Mk. bezahlt, außerdem wurde 5 Wochen, 4 Tage Gefängnis, 4 Tage Haft über Kollegen verhängt. Am 26. März wurden die neuen Bürsterräume im Volkshaus bezogen, und mit der Eröffnung der Herberge ist ein lang ersehnter Wunsch verwirklicht und den reisenden Kollegen ein angenehmer Aufenthalt geschaffen. Zum Schluß erwähnte der Redner noch die durch die Unternehmung erfolgte Kündigung des Vertrags, wozu in der nächsten Versammlung Stellung genommen werden soll. Hierauf erstattete Kollege Ehrlich den Kassenbericht. Es betrug die Einnahme der Lokalkasse 85 848,68 Mk., die Ausgabe der Lokalkasse 85 848,68 Mk., so daß ein Bestand von 50 227,38 Mk. für die Lokalkasse verbleibt. Unter den Ausgaben der Lokalkasse befinden sich 16 190 Mk. für Unterstützung an die wegen der Maifeier ausgesperrten Mitglieder, außerdem 2000 Mk. an die Buchbinder, 3000 Mk. wurden nach Geringmalbe gefandt, für sonstige auswärtige Streiks 800 Mk. und 8000 Mk. für Volkshausanteil. Für Streiks an Orte wurde insgesamt 13 493 Mk., darunter für die Bewegung im Polypphon 1008 Mk. ausgegeben. Arbeitslosenunterstützung wurde insgesamt an 17 Tagen für 11527 Tage 19 500 Mk. gezahlt. An die Herberge selbst ist eine kurze Debatte, wobei einige Redner den Abschluß der Maiaussperrung als nicht zufriedenstellend bezeichneten; auch wurden die Maßnahmen der behördlichen Organe gegenüber streitenden Kollegen in scharfer Weise gerügt. Bei der Wahl der Lokalverwaltung wurde Kollege Gerike als erster Bevollmächtigter, Ehrlich als Kassierer und Böhner als zweiter Bevollmächtigter gewählt. Die Notwendigkeit der Anstellung eines Bureauhilfsarbeiters wurde im Prinzip einstimmig anerkannt, und wurde eine Kommission bestimmt, welche der nächsten Versammlung einen Bericht zu unterbreiten hat.

Die Modell- und Fabriktschler hielten am 15. Februar im Volkshaus eine öffentliche Versammlung ab. Ein Vortrag des Genossen Bartels über „Heinrich Heines Leben und Dichtungen“ wurde mit großem Beifall aufgenommen. Alsdann berichteten mehrere Kollegen über drohende Differenzen der Metallarbeiter bei der Firma Kirchner & Cie. in Leipzig-Sellerhausen, welche eventuell auch unsere dort beschäftigten Kollegen betreffen könnten. Den beteiligten Kollegen wurden Verhaltensmaßregeln erteilt, nötigenfalls soll eine Werkstattbesprechung das Nähere festsetzen. In längerer Debatte wurde das Gebaren des Modellschlers Otto beleuchtet, der den Leipziger Kollegen von der Aussperrung bei der Firma Mansfeld als Arbeitswilliger bekannt ist. Derselbe ist, nachdem er infolge seines selbst dieser Firma zu toll werden den Verhältnissen entlassen wurde, bei der Firma Schmiere, Werner & Stein in Arbeit getreten. Er sieht sich nun bemüht, im angeblichen Auftrag des Meisters für diese Firma Modellschler zu werden, wobei er die Arbeitsverhältnisse im rosigsten Lichte schildert. Die Kollegen werden vor dem Treiben dieses Menschen gewarnt. — Die Kollegen allerorts machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß nur unser Arbeitsnachweis im Volkshaus (Zeiger Straße) benutzt werden darf.

Kadolzschell. Schon des öfteren hatten wir Gelegenheit, auf die zum Teil traurige Bezahlung der Schreiner am hiesigen Plage hinzuweisen. Dazu glauben aber einzelne Meister noch eine grobe Behandlung hinzuzufügen zu müssen; bekommt man dann keine Arbeiter, so schnipft man auf den Verband. Ein Meister, der neben zwei Söhnen noch zwei Schreinergehilfen und drei Ristenmacher beschäftigt, hatte

schon vor Weihnachten die Unverfrorenheit den zwei Schreibern je 2 bzw. 3 Pf. pro Stunde abzuziehen. Da nun der strengste Winter vorbei ist, hörten die beiden Kollegen auf. Darob großer Ärger; der Meister glaubte jedenfalls, weil er die Kollegen im Winter mit 33 und 35 Pf. bezahlte, sie müßten aus lauter Dankbarkeit auch im Sommer bei ihm bleiben. Als ein Kollege am Montagmorgen seine Sachen holte, wurde er von den Herren Söhnen mit Lausbub tituliert, und auch der Meister machte seinen üblichen Krach, wobei wieder tüchtig auf den Verband losgezogen wurde. Wir werden diese Werkstelle im Gedächtnis behalten, den fremden Kollegen empfehlen wir aber, an dieser Bude vorbeizugehen.

Raschau. Vergangenen Sonntag hielten die Einzelmitglieder von Raschau und Umgegend in Feustels Gasthof in Böhle, circa dreiviertel Stunden von Raschau entfernt, eine Holzarbeiterversammlung ab. Mancher Kollege war über eine Stunde Wegs gelaufen, um wieder einmal einer Versammlung beizuwohnen. Kollege Rastrowitz-Schönheide referierte über „Die wirtschaftlichen Kämpfe in der Holzindustrie unter spezieller Berücksichtigung des Schönheidener Kampfes“. Seine Ausführungen wurden durch reichen Beifall belohnt. Nachdem wurde beschlossen, eine Zahlstelle für Raschau und Umgegend zu gründen, und erfolgte sodann die Wahl der Lokalverwaltung. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß 1908 218. Das ist infolge erfreulich, als uns kein Lokal in Raschau zur Verfügung steht und seit dem 8. Juli 1908 keine öffentliche Versammlung abgehalten werden konnte. Trotz stürmischen Wetters war die Versammlung gut besucht. 150 Personen hatten sich eingefunden, zum überwiegenden Teil Raschauer, denen es leider nicht vergönnt ist, in ihrem Orte Versammlungen abzuhalten, und ihr Geld außerhalb verzehren müssen. Das mögen die Kollegen bedenken, ebenso die Wirte von Raschau und nächster Nähe, wenn sie gestülte Lokale haben wollen. Dieser Zustand ist beschämend; sind doch, wenn man die organisierten Arbeiter zusammenrechnet, circa 300 in Raschau vorhanden. Durch geschlossenes Zusammenhalten kann etwas erreicht werden; ein jeder muß, wenn er ein Lokal besucht, auch daran denken, ob dieses auch zu Versammlungen zur Verfügung steht. Diese Frage muß nicht, wie bis jetzt, nur wenigen Kollegen überlassen werden. Sehr leicht entgeht uns ein interessanter Vortrag, wie schon in letzter Zeit, wo es nicht möglich war, ein Lokal zu erhalten. Kollegen, auf zur Arbeit, auf zur Agitation für unseren Verband! Auch dieses darf nicht wenigen Kollegen überlassen werden. Vorwärts, trotz alledem, denn es stehen immer noch eine Anzahl Kollegen dem Verband fern.

Schwelm. Am Samstag den 9. März findet unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. So, wie es bisher mit dem Holzarbeiterverband in Schwelm gewesen ist, darf es nicht weitergehen, die Kollegen müssen dafür sorgen, daß der Verband an hiesigen Orte bedeutend mehr an Bedeutung und an Mitgliedern zunimmt, denn es hat noch nie eine Zeit gegeben, wo die gewerkschaftliche Organisation so nötig ist wie gerade jetzt. Denn der Ausfall der Reichstagswahlen wird den Scharfmachern Mut geben, die gewerkschaftliche Organisation nach Möglichkeit zu schwächen oder gar zu vernichten versuchen. Ferner sind die Verhältnisse in Schwelm nicht die rosigsten, ist es doch Tatsache, daß die Maschinenarbeiter hier am Orte schlechter bezahlt werden wie anderswo, und was in den Pinselabriken noch alles zu regeln ist, das wissen die Kollegen am allerbesten. Darum hinein in die Versammlung, damit Mittel und Wege beraten werden, wie die Verhältnisse hier in Schwelm gehoben werden können und wir am Schluß des Jahres befriedigend sagen können, wir haben die alten Mitglieder behalten und eine stattliche Zahl neue sind hinzu gekommen.

Zeitz. (Werkzeugmacher.) Zweck Vornahme einer statistischen Umfrage über Arbeits- und Lohnverhältnisse in unserer Branche ersuchen wir die Kollegen, an Unterzeichneten Angaben gelangen zu lassen, wo überall Fabriken unserer Branche vorhanden sind. Bis jetzt sind uns in folgenden Orten solche bekannt: Berlin, Leipzig, Neudorf, Laupheim, Doß, Dörsenfurt. Besonders ersuchen wir die Lokalverwaltungen, auch oben schon genannte Orte, geeignete Adressen an Unterzeichneten einzufenden. Im Auftrag der Zeitzer Werkzeugmacher: August Gerhardt, Stellmacher, Bureau des Holzarbeiterverbandes Zeitz, Weberstr. 12.

Zweibrücken. Die trostlosen Zustände am hiesigen Plage zwingen uns, den Weg der Öffentlichkeit zu betreten. Die Lage der hiesigen Holzarbeiter ist geradezu eine traurige zu nennen. Bei elf- und zwölfstündiger Arbeitszeit werden noch Stundenlöhne von 25 und 28 Pf. bezahlt. Angesichts solcher Zustände sollten doch die Kollegen endlich zu der Einsicht kommen, daß nur eine starke Organisation ihnen zu besseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen verhelfen kann. Aber statt vorwärts, geht es hier immer mehr rückwärts. Unsere einst 51 Mitglieder zählende Zahlstelle ist nun auf etliche 20 zusammengeschmolzen. Nur energische Agitation und fleißiger Versammlungsbesuch kann unseren Mitgliederstand wieder heben. Von seiten der hiesigen Meister werden alle Anstrengungen gemacht, um unsere Zahlstelle zu vernichten. So wurden in letzter Zeit zwei Kollegen gemahregelt. Die Firma J. Beyser, Hofmöbelfabrik, scheint es ganz besonders auf uns abgesehen zu haben. Dort wurde ein Kollege wegen seiner agitatorischen Tätigkeit ohne Kündigung entlassen. Ein anderer Kollege erklärte sich solidarisch und ist freiwillig ausgetreten, so daß in dem 25 Mann beschäftigenden Betriebe nur noch ein organisierter Kollege steht. Die auswärtigen Kollegen werden deshalb gebeten, Zweibrücken zu meiden, zumal die Firma J. Beyser wieder nach Erfass sucht.

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Zugang!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Arbeitsstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zugang ist fernzuhalten von:
Sämtlichen Holzarbeitern nach Berlin, Burg bei Magdeburg, Kiel, Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Mülheim am Rhein (Bischopp), Treuenbriezen, Zürich;

beruft ihr Sekretär, Kollege Leipart, hiermit definitiv den internationalen Holzarbeiterkongress auf den 16. und 17. August nach Stuttgart (Deutschland) ein.

Der Kongress wird im Gewerkschaftshaus in Stuttgart tagen und am Freitag den 16. August, morgens 9 Uhr, eröffnet werden.

Eingeladen zu dem Kongress sind in erster Linie alle der Internationalen Union der Holzarbeiter angeschlossenen Landesorganisationen. Die Zahl der Delegierten ist nicht beschränkt, doch hat jede Organisation ihre Delegationskosten selbst zu tragen.

Außerdem sind auch diejenigen Verbände der Holzarbeiter in allen Ländern zu diesem Kongress eingeladen, welche der Internationalen Union nicht angehören. Eine zahlreiche Beteiligung derselben ist dringend erwünscht.

Die vorläufige Tagesordnung des Kongresses lautet:

1. Konstituierung des Kongresses.
2. Bericht des Sekretärs der Internationalen Union der Holzarbeiter.
3. Die zukünftige Gestaltung der Internationalen Union; Beratung des Statuts; Neuwahl des Sekretärs.
4. Die Gegenseitigkeitsverträge betreffend den Übertritt und die Unterstützung der Mitglieder im Ausland.
5. Sonstige Anträge.

An die Landesorganisationen ergeht hiermit das Ersuchen, weitere Anträge zur Tagesordnung spätestens bis 1. Mai d. J. an den Sekretär, Kollegen Leipart, einzureichen. Bis zu dem gleichen Termin sind auch etwaige Abänderungsanträge zum Statut der Internationalen Union einzusenden, damit sie nach erfolgter Veröffentlichung noch vor dem Kongress von allen Landesorganisationen vorher beraten werden können.

Internationales Zusammenwirken. Um ein intimeres Zusammenwirken mit den Kollegen in den Grenzorten zu ermöglichen, hat sich an der deutsch-österreichischen Grenze eine Zentrale gebildet, welcher sich eine Reihe von Zahlstellen aus Sachsen und Schlesien, sowie böhmische Ortsgruppen des Österreichischen Holzarbeiterverbandes angeschlossen haben. Diese Zentrale hat sich besonders die Pflege des Arbeitsnachweises zur Aufgabe gemacht und ist in erster Linie bemüht, das Umschauen zu befähigen. Es wird daher bekannt gegeben, daß in den nachstehenden Orten: Görlitz, Schandau, Sebnitz, Seiffhennersdorf, Neugersdorf, Groß-Schönau und Zittau das Umschauen streng verboten ist. Die Adressen der Arbeitsvermittler an diesen Orten sind aus dem Adressenverzeichnis zu ersehen. In den nachbenannten Ortsgruppen des Österreichischen Holzarbeiterverbandes erfolgt die Arbeitsvermittlung durch die hier bezeichneten Stellen: Reichenberg, Redaktion „Freigeist“, Steinbrückgasse; Krahau, Adolf Seibt, Siebeneckergasse 171; Grottau, Josef Fischer, Hofenstraße 6; Kumburg, Josef Böhlke, Färbergasse 25; Warnsdorf, Redaktion der „Nordböhmischen Volksstimme“, Vereinhaus. Auch hier ist das Umschauen streng verboten und sehen sich Zuwiderhandelnde der Gefahr aus, daß sie etwa auf anderem Wege erlangte Stellen wieder verlassen müssen.

Christlicher Terrorismuswindel. Was es damit auf sich hat, lehrt wieder folgender Fall: In einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung in Salsau meldete sich auch ein Mitglied des Christlichen Holzarbeiterverbandes namens Schreiber zum Wort, um weidlich über den angeblichen Terrorismus der freien Gewerkschaften loszusprechen. Er selber sei so ein Opferlamm dieser brutalen Menschen. In Lüneburg sowohl als auch in anderen Städten sei er von seinen Arbeitskollegen, die dem Holzarbeiterverbande angehören, aus der Arbeit gedrängt worden, weil er sich dem Holzarbeiterverbande nicht anschließen wollte. Das „Lüneburger Volksblatt“ ist nun in der Lage, den christlichen Agitator Lügen strafen zu können. Dieser Schreiber hat in der Lüneburger Möbelfabrik (Wilhelm Gröbner) gearbeitet. Auf Befragen erklärte der Werkführer des Herrn Gröbner kurz und bündig: „Schreiber wurde entlassen, weil er mir die Arbeit zu teuer gemacht hat.“ Das ist deutlich, aber auch bitter. Weil er also, auf deutsch gesagt, ein minderwertiger Arbeiter war, ist er entlassen worden. So dürfte der von den Christlichen behauptete Terrorismus der freien Gewerkschaften wohl überall aussehen; nur gelingt es nicht immer, diesen Leuten so auf die Finger zu klopfen wie in diesem Falle.

Kniestedt II. Der Nachfolger des gegangenen Herrn Kniestedt in der Leitung der „Vereinigung der Bürsten- und Pinselmacher Deutschlands“, Hugo Klüffe, läßt sich in der neuesten Nummer der „Eintigkeit“ bereits vernehmen. In einer Rundmachung „an sein Volk“ nimmt er entschieden gegen die „Holzarbeiter-Zeitung“ Stellung. Da ist von „Kampforanisation“, „zielbewußten Arbeitern“ und anderen schönen Dingen die Rede, die sich im Munde eines Mannes recht eigentümlich ausnehmen, der, wie man uns versichert, erst an dem Tage, wo er zum Vorsitzenden des Kniestedter Verbandes erkürt wurde, wieder die Mitgliedschaft dieser Organisation erworben hat. Die Rundmachung endet mit der vieldeutigen Aufforderung an die Mitglieder der Vereinigung: „Kollegen, zeigt, daß wir keine „Kniestedter“ sind.“ Das ist ja eine köstliche, weil unheimliche Beschäftigung unserer Würdigung der Kniestedtschen Verdienste um die Bürstenmacherbewegung.

Im Schwedischen Holzarbeiterverband tritt am 1. April 1907 die neu eingeführte Reiseunterstützung in Kraft, so daß der Verband nunmehr auch in der Lage ist, mit den ausländischen Bruderorganisationen Gegenseitigkeitsverträge betreffend Reiseunterstützung abzuschließen.

Fusion in der Holzindustrie. Zehn große Fabriken zur Erzeugung gebogener Möbel in Österreich haben sich vereinigt. Das Aktienkapital beträgt vorläufig 6 Millionen Kronen. Weitere österreichische Möbelfabriken wollen sich anschließen.

Die Waggonfabriken arbeiten, nach der „Köln. Volkszeitung“, zurzeit alle bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit,

in der Hauptsache für die preussischen Staatsbahnen. Die meisten sind so besetzt, daß sie auf absehbare Zeit anderweitige Aufträge für Kleinbahnen oder für das Ausland gar nicht übernehmen können.

Gewerkschaftliches.

Die Geistlichkeit und die modernen Gewerkschaften.

Die Chemnitzer Konferenz, eine Vereinigung von evangelischen Geistlichen und Laien Sachsen, hat auf ihrer Jahresversammlung sich mit der Stellung der Kirche zur modernen Gewerkschaftsbewegung befaßt. Die Konferenz hat in einer Resolution ihre Freude darüber ausgesprochen, daß sich aus der Mitte der Arbeiterchaft die christliche Gewerkschaftsbewegung im bewußten Gegensatz zur Sozialdemokratie gebildet habe. Noch deutlicher als aus dieser Kundgebung erhellt die den modernen Gewerkschaften feindliche Tendenz der Konferenz aus den zu dem Thema gehaltenen Vorträgen. Regierungsrat Gübner-Dresden sprach über die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Ganz richtig bezeichnete der Redner die Gewerkschaftsbewegung als eine notwendige Folge der wirtschaftlichen Entwicklung, „weil dem Industrialismus die Fürsorge erst in zweiter oder letzter Linie nahe gehe. Dies gebe dem Arbeiter ein Recht, durch den Zusammenschluß in Gewerkschaften seine Interessen zu wahren und zu fördern.“ Bei einer Vergleichung der drei Gewerkschaftsrichtungen stellte Redner fest, daß die freien Gewerkschaften nicht aufbauend, sondern zerstörend wirkten, denn sie seien zu eng mit der revolutionären Sozialdemokratie verbunden. Mit ihnen gebe es keinen Frieden, sie wollten selbst nur den Kampf und die Vernichtung der gegenwärtigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Die Christ-Dunderschen Gewerkschaften hätten mit nichternem Wirken besonders im Klassenwesen hervorragende Beispiele aufgestellt. Es fehle ihnen jedoch der Idealismus. Im Gegensatz zu ihnen hätten die christlichen Gewerkschaften als höchstes Ideal die Ergebung zu Gott und die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Sittengesetze. Auf demselben Niveau wie der Herr Regierungsrat Gübner bewegte sich Pastor Jacobi-Leipzig in der Beantwortung der Frage, „ob sich die Kirche zur Gewerkschaftsbewegung zu stellen hat“, womit gesagt sein soll, ob die Kirche überhaupt zur Gewerkschaftsbewegung Stellung nehmen solle. Und diese Frage beantwortete der Herr Pastor mit einem glatten Ja! Die Kirche, führte Pastor Jacobi aus, habe als solche nicht das Recht, die Rinde der Gesehgebung in sozial-politischer Richtung zu bewegen. Sie solle vielmehr in ihrer Eigenschaft in erster Linie in den Kämpfen der Zeit ausgleichend und versöhnend wirken. Bei der Gewerkschaftsbewegung handle es sich für die Kirche nicht um Einleitung einer gesehgeberischen Aktion, sondern um den Versuch, einer der wichtigsten Erscheinungen in unserem Volksleben in Theorie und Praxis gerecht zu werden. Bei der Besprechung der verschiedenen Gewerkschaftsarten verwarf Redner den sozialdemokratischen Charakter der freien Gewerkschaften, wies darauf hin, daß die christlichen Gewerkschaften über ein unfreundliches Verhalten der Christ-Dunderschen Gewerkschaften geklagt haben, und betonte unter dem Bekenntnis größter Sympathie für die christlichen Gewerkschaften, daß zwar auch bei ihnen Fehler gemacht worden seien, aber das sei menschlich. Die Besorgnisse, daß eine konfessionelle Gefahr in den christlichen Gewerkschaften liege, würden durch die Tatsachen widerlegt. Eine Trennung der christlichen Gewerkschaften in evangelische und katholische Gewerkschaften sei eine gefährliche Sache, während ihr Bestehen in der gegenwärtigen Form ein Mittel sei zum modus vivendi zwischen Rom und Wittenberg. Gegen die Christ-Dunderschen Gewerkschaften bewahre die Kirche eine wohlwollende Neutralität. Vor den freien Gewerkschaften müsse die Kirche warnen. In Sachsen fehle es noch an den wünschenswerten christlichen Gewerkschaften. Als wünschenswert müsse er es bezeichnen, daß die Pastoren die Gewerkschaftsbewegung studieren, beim Bedurfis rufen und den Verstand und die Hand nicht ablassen. In verständnisvoller Weise müßten die Geistlichen für die christlichen Gewerkschaften wirken, sich aber sehr vor einem agitatorischen und klammischen Vorgehen hüten. Bei Gründung neuer christlicher Gewerkschaften müsse sehr besonnen vorgegangen werden; es handle sich vielmehr um die Schaffung einer Brücke zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Geistlichen dürfen aber in der Arbeiterorganisation nicht Führer, sondern nur Helfer sein. Von solcher Förderung der christlichen Gewerkschaften sei eine Eindämmung des sozialdemokratischen Terrorismus zu erwarten. Der kurze Sinn der geistlichen Predigt ist also: Gegen die Sozialdemokratie! Und die christlichen Gewerkschaften sollen das Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sein. Im übrigen haben die christlichen Gewerkschaften wie die Christ-Dunderschen Gewerkschaften in erster Linie die Harmonisierung zu pflegen, was mit anderen Worten dasselbe sagt wie die Gübnersche These, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung das höchste Ideal der Arbeiter in seiner Ergebung zu Gott und seiner Anwender zu erblicken hat. Mit solchen Illusionen kann nur ein „sozialer“ Geistlicher die moderne Gewerkschaftsbewegung zu bekämpfen unternehmen. Die kapitalistische Ausbeutung kennt keine Rücksicht auf die Interessen der Ausgebeuteten und darf keine kennen. Wollen die Arbeiter ihre soziale Lage verbessern, so müssen sie sich organisieren, um Verbesserungen zu erkämpfen. Wie daher die Gewerkschaftsbewegung eine Notwendigkeit ist, so ist auch das Wachstum und die Ausbreitung der freien Gewerkschaften eine Notwendigkeit. In dem Maße aber, wie sich die freien Gewerkschaften entwickeln und erstarken, werden die christlichen und Christ-Dunderschen Gewerkschaften an Bedeutung einbüßen.

Der Bergarbeiterverband kann das Jahr 1906 ebenfalls zu dem gewinnreichen verbuchen. Er konnte in diesem Jahre, das ihm Kämpfe in großer Zahl brachte, seine Mitgliederzahl von 105 060 auf 110 247 erhöhen, hatte also einen Zuwachs von 5187 Mitgliedern. Und das trotz der im Jahre 1905 erhöhten Beiträge. Die Einnahmen des Verbandes stiegen von 1 620 875 Mk. im Jahre 1905 auf 2 038 348 Mk. im Jahre 1906. Das Verbandsvermögen betrug am Jahresschluß 1906 1 252 645 Mk., 26 000 Mk. mehr als ein Jahr früher. Von den Ausgaben des Verbandes

in 1906 sind bemerkenswert 651 503 Mk. an Streit-, 6705 Mk. an Arbeitslosen-, 282 765 Mk. an Krankenunterstützung, 65 240 Mk. an Starbegeld, 61 000 Mk. für Rechtschutz.

Der Gewerkschaftslehrenverband steigerte im Jahre 1906 seine Mitgliederzahl von 3908 auf 4309, hatte somit eine Zunahme von 2401 Mitgliedern. Die Einnahme bezifferte sich 1906 auf 111 841,80 Mk., die Ausgabe auf 101 147,80 Mk., der Kassenbestand stieg von 42 386,57 Mk. auf 53 390,48 Mk. Herausgabte wurde für das Fachorgan 9800 Mk., an Krankenunterstützung 11 728 Mk., für Arbeitsnachweis 7885,97 Mk., für Agitation 9406,42 Mk.

Der Handschuhmacherverband erhöhte im Jahre 1906 seine Mitgliederzahl von 2864 auf 3214, hatte also im Zeitraum eines Jahres eine Zunahme von 250 Mitgliedern.

Der Portefeuillerverband hatte am Jahreschluß 1906 3977 Mitglieder, gegen 3579 ein Jahr früher, erhöhte also im Jahre 1906 seine Mitgliederzahl um 398. Der Vermögensbestand betrug am Jahreschluß 97 888 Mk., gegen 77 548 Mk. ein Jahr früher. Die Zahl der pro Mitglied geleisteten Wochenbeiträge belief sich im letzten Jahre auf 45,17, welches als eine ganz respectable Leistung zu bezeichnen ist.

Ein neues Gewerkschaftsorgan. Der Handels- und Transportarbeiterverband hat ein neues Organ: „Der Straßenbahner“, zur Agitation unter den Straßenbahnern herausgegeben. Das Blatt ist vierseitig und erscheint wie der „Courier“ alle 14 Tage.

„Die einzige, wirklich neutrale Gewerkschaftsrichtung“ ist nach der „Silse“ die Christ-Dundersche Gewerkschaftsbewegung. Dabei haben die Christ-Dunderschen Gewerkschaften in dem letzten Reichstagswahlkampf ebenso wie bei früheren Gelegenheiten unentwegt für die freisinnigen Parteien Propaganda gemacht, wie die freien Gewerkschaften das für die sozialdemokratische Partei und wie die christlichen Gewerkschaften das für das Zentrum taten. Wenn man die Christlichen deshalb Zentrums-Gewerkschaften und die freien Gewerkschaften deshalb sozialdemokratische Gewerkschaften nennt, so wird man die Christ-Dunderschen Gewerkschaften nach ihrer politischen Betätigung wohl nur als politisch „freisinnige“ Organisationen bezeichnen können. Von einer politischen Neutralität der Christ-Dunderschen Organisationen kann jedenfalls ebenso viel oder ebenso wenig gesprochen werden, als von einer politischen Neutralität der freien oder der christlichen Gewerkschaften. Das sollte mittlerweile auch dem begriffstuzigsten Redakteur der „Silse“ einleuchten.

Wie lange noch? In Hamburg droht wiederum ein Konflikt zwischen Hafenarbeitern und organisierten Reedern auszubreaken. Die Arbeiter haben natürlich ein Interesse daran, den Zugang von Arbeitskräften in diesem Zeitpunkt von Hamburg fernzuhalten. Das ist ihnen auch, soweit das Inland in Betracht kommt, bisher gelungen, dagegen droht wieder einmal von England Streikbrecherzug. Bereits am Montag voriger Woche ist der englische Dampfer „Federation“ aus West-Heartlepool mit 27 solcher „Helden“ im Hamburger Hafen angekommen! Als bei der vorjährigen Matrausperrung mehrere Tausend dieser traurigen Gesellen aus England importiert wurden, haben wir die in Frage kommenden Organisationen, besonders der Hafenarbeiter und Seeleute, benachrichtigt, und es wurde uns versprochen, den Zugang von eingelernten Hafenarbeitern zu verhindern. Heute, wo der Konflikt noch gar nicht einmal bis zum offenen Bruch geheißen ist, ist das Gesindel schon wieder da. In den Reihen der Hafenarbeiter steht England schon heute in dem wenig schmeichelhaften Ruf, das Land des Streikbruchs zu sein. Wie lange wollen die englischen Gewerkschaften sich noch zu Helfershelfern der deutschen Scharfmacher machen?

Eingefandt.

Zur Lage der Drechsler.

In recht erfreulicher Weise haben mehrere Kollegen in den letzten Ausgaben unseres Verbandsorgans ihre Ansichten zur Verbesserung der Lage der Drechsler geäußert. Diese Zeilen haben auch in manchem Herzen freudigen Widerhall gefunden. Die Lage der Drechslergehilfen in der Bau- und Möbelfabrikation ist leider in den letzten Jahren eine trostlose geworden. Mancher tüchtiger Kollege hat, der bitteren Not gehorchend, um sich und seine Familie ernähren zu können, einen anderen Beruf ergreifen müssen. Hier in Köln ist die Lage unserer Kollegen eine sehr traurige, und mancher wandernde Kollege hat hier bittere Enttäuschung erleben müssen. Wochenlanges Umherirren, ohne Arbeit finden zu können. Von den stehzig Drechslermeistern hier sind kaum acht bis zehn in der Lage, einen Gehilfen beschäftigen zu können. Die Löhne schwanken zwischen 17 bis 22 Mk. pro Woche bei älteren tüchtigen Arbeitern, davon kann doch unmöglich ein verheirateter Mensch bestehen. 15 bis 18 Mk. bei jüngeren Kollegen ist keine Seltenheit; ich habe seinerzeit bei einem Meister gearbeitet, wo ein junger tüchtiger Kollege 10 Mk. Lohn und das Mittagessen erhielt. Daß hier Remedur geschaffen werden muß, liegt klar auf der Hand. Wären alle Kollegen organisiert, so wäre es ein leichtes, Mittel und Wege zu finden, um solchen Ausbeutern das Handwerk zu legen.

Vor einigen Jahren erhielt ich Stellung in einer Maschinenfabrik als Modelldrechsler zur Aushilfe. Wie erkant war ich aber, als ich in die Tischlerei kam und hier eine förmliche Drechslerei vorfand mit einem ganzen Haufen Arbeit. Auf meine Frage, wer bisher die Sachen gedreht habe, wurde mir die Antwort zuteil, die Modelldrechsler drehen ihre Arbeiten selber! Ergo, wir sind überflüssig. Hier kam und muß Änderung geschaffen werden. Modelldrechsler, sagt doch dafür, wo nur eben angängig ist, daß gelehrte Drechsler eingestellt werden. Zeigt auch nach dieser Richtung, daß ihr Verbandskollegen seid, und helft die schon ohnehin so traurige Lage der Drechsler zu verbessern. Gewiß ist die Modelldrechslerei von der Bau- und Möbeldrechslerei sehr verschieden. Da können doch die Modelldrechsler einen Drechslerkollegen, auch wenn er noch Neuling in der Modelldrechslerei ist, helfend unter die Arme greifen, und mancher Kollege, der jetzt ein trauriges Los fristet, würde eine lobnende und sichere Stelle erhalten. Müge jeder Modelldrechsler bestrebt sein, nach dieser Richtung mitzuwirken, um eine Verbesserung der Lage der Drechsler herbeizuführen. Reint auch hier eure Kollegialität. A. F. - Köln a. Rh.

